

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

<b>INHALT:</b>	<b>Editorial</b>	<b>Seite 262</b>
	<b>GI Aktuell</b>	<b>Seite 262</b>
	<b>GI Leitsätze</b>	<b>Seite 264</b>
	<b>Anspruch auf Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung</b> Verletzung der richterlichen Aufklärungspflicht / Verspäteter Sachvortrag (BGH, Urt. v. 28.10.1999 - IX ZR 341/98)	<b>Seite 265</b>
	<b>Steuerberaterhaftung</b> Kenntnis des Steuerrechts / Karenzfrist / USt, Geldspiel- automaten / DStR (OLG Düsseldorf, Urt. v. 25.5.2000 - 13 U 76/99)	<b>Seite 267</b>
	<b>Wirtschaftsprüferhaftung</b> Verjährung, Bilanzerstellung, § 51a WPO / Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten? (OLG Düsseldorf, Urt. v. 16.12.1999 - 13 U 5/99)	<b>Seite 270</b>
	<b>Notarhaftung</b> Steuerliche Belehrung / Kenntnis der Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte (OLG Koblenz, Urt. v. 24.3.1999 - 1 U 1429/97)	<b>Seite 273</b>
	<b>Steuerberaterhaftung</b> Lohnbuchhaltung / Versicherung bei der Berufsgenossenschaft / Auftrag zur freiwilligen Versicherung bei der BG? / Meldung bei der Berufshaftpflichtversicherung, Anerkenntnis? (OLG Düsseldorf, Urt. v. 25.2.1999 - 13 U 102/98)	<b>Seite 275</b>
	<b>Versicherungsschutz</b> Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung / Baubetreuer / Verstoß gegen Aufklärungs- und Hinweispflichten / Sachschaden / Erfüllungssurrogatsanspruch (OLG Stuttgart, Urt. v. 2.4.1998 - 7 U 45/97, rkr.)	<b>Seite 280</b>
	<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>Seite 283</b>



## Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

der Bundesgerichtshof schreibt den **Rechtsanwälten** „ins Stammbuch“, **dass nicht nachgelassener neuer Sachvortrag** mit Beweisantritt nicht geeignet ist, eine bereits abgeschlossene mündliche Verhandlung wieder zu eröffnen. Im vorliegenden Fall war aufgrund eines Beweisbeschlusses bekannt, worüber Sachvortrag und Beweisantritte erwartet wurden. Die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung hätte **Nachlässigkeiten des Sachvortrages** ausgeglichen. Das solle aber gerade nicht ermöglicht werden.

Zur Karenzzeit für **die Kenntniserlangung neuer Rechtsprechung** legt das Oberlandesgericht Düsseldorf folgende Maßstäbe fest. Urteile des Bundesfinanzhofs, des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs: sechs Wochen nach Veröffentlichung; Finanzgerichtsurteile: zwei Monate. Bei Letzteren soll es nur dann eine kürzere Frist geben, wenn diese aktuell und erkennbar diskutiert werden.

Bemerkenswert ist das Urteil des OLG Düsseldorf zur Frage, ob **Wirtschaftsprüfer** – ebenso wie Rechtsanwälte und Steuerberater – einem **sekundären Ersatzanspruch** wegen schuldhaft unterlassener Belehrung über eigene Fehler und die Verjährung des Regressanspruchs ausgesetzt sind. Unter Hinweis auf die Entstehungsgeschichte der Wirtschaftsprüferordnung und der gegenüber der Steuerberater- und der Rechtsanwaltsverjährung längeren Verjährungsfrist von fünf Jahren wurde eine Sekundärhaftung abgelehnt.

In den Bahnen der bekannten Rechtsprechung zur **Notarhaftung** bewegt sich das OLG Koblenz, wenn es feststellt, dass der Notar grundsätzlich nicht über Steuerfragen belehren muss. Hier ging es um § 10e EStG und das noch nicht verabschiedete Eigenheimzulagengesetz.

Einen typischen – aber ins Leere gehenden – Regressvorwurf behandelt das OLG Düsseldorf: Das **Lohnbuchhaltungsmandat** verpflichtet den Steuerberater nicht, den Mandanten **als freiwillig Versicherten bei einer Berufsgenossenschaft anzumelden**. Das Urteil würdigt eine umfangreiche Beweisaufnahme, die nach dem Vortrag des Klägers neben dem Buchhaltungsmandat eine gesonderte Auftragserteilung bestätigen sollte.

Eine inhaltsreiche versicherungsrechtliche Entscheidung des OLG Stuttgart befasst sich mit der **Vermögensschaden-Haftpflichtdeckung des Baubetreuers**, der Abgrenzung des Vermögens- vom Sachschaden und dem rechtlichen Interesse einer direkten **Feststellungsklage des Versicherungsnehmers** gegen den Versicherer wegen eines drohenden Fristablaufs gemäß § 12 Abs. 3 VVG.



Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

## GI Aktuell

### BGH: Haftung von Wirtschaftsprüfern gegenüber Kapitalanlegern

Der für das Werkvertragsrecht zuständige X. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) hat zur Frage der Haftung eines Wirtschaftsprüfers auf Schadenersatz Stellung genommen, der im Rahmen eines Kapitalanlagemodells vertragsgemäße Verwendung von Geldeinlagen der Anleger in Prüfberichten bestätigte, obwohl er die Mittelverwendung nicht hinreichend kontrolliert hatte.

Die Kläger beteiligten sich in den Jahren 1994 und 1995 mit unterschiedlichen Geldbeträgen an einem Kapitalanlagemodell, bei dem den Anlegern Beteiligungen an Gesellschaften bürgerlichen Rechts angeboten wurden. Gegenstand der Gesellschaften sollte die Kapitalanlage im US-Financial-Futures-Handel sein. Das Anlagemodell wurde von einer GmbH betrieben, die in Prospekten hervorhob, dass die Geldbeträge nach Einzahlung ungeschmälert an Broker fließen, denen die Anlage obliege. Dies sollte ein besonderes Kapitalsicherungssystem gewährleisten. Danach sollten die Einlagen auf ein Treuhandkonto eines Rechtsanwalts eingezahlt werden und von dort unmittelbar an die Broker fließen.

Die Einlagen, die vertragsgemäße Mittelverwendung, die Gewinnausschüttungen und die Beteiligungen sollten halbjährlich von einem unabhängigen und namhaften Wirtschaftsprüfer überprüft werden. Die GmbH beauftragte den Beklagten, der von April 1990 an in Prüfberichten bestätigte, dass der Zahlungsverkehr vertragsgemäß abgewickelt werde und der Mittelzufluss sowie die Mittelverwendung ordnungsgemäß erfolge.

Die von den Anlegern eingehenden Geldbeträge wurden von dem Treuhänder entgegen den Angaben im Prospekt auf das Konto eines Rechtsanwalts überwiesen, der als Treuhänder eines Unternehmens mit Sitz auf den Cayman-Inseln fungierte. Dieser überwies die Geldbeträge auf Konten, die ihm dieses Unternehmen jeweils angab. Der weitere Verbleib der Gelder ist ungeklärt. Im Jahre 1995 brach das gesamte Kapitalanlagemodell zusammen.

Die Kläger haben von dem Beklagten Schadenersatz und die Rückzahlung der von ihnen angelegten Gelder abzüglich erhaltener Renditezahlungen mit der Begründung verlangt, der Beklagte hafte als Prospektverantwortlicher und

aus Werkvertrag, weil er seine Pflicht zur umfassenden Prüfung schuldhaft verletzt und unrichtige Testate erstellt habe, mit denen die GmbH um Kunden geworben habe.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Das Berufungsgericht hat ihr im Wesentlichen stattgegeben. Die Revision des Beklagten führte zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung der Sache.

Der BGH hat einen **Schadenersatzanspruch aus Prospekthaftung** in Übereinstimmung mit den Vorinstanzen nicht als gegeben angesehen. Er hat andererseits mit dem Berufungsgericht einen Werkvertrag zwischen den Klägern und dem Beklagten und mangelhafte Ausführung durch Erstellung **falscher Prüftestate** angenommen, einen Anspruch der Kläger aus dem Werkvertrag aber gleichwohl verneint, weil nicht nachgewiesen sei, dass die Pflichtverletzungen des Beklagten ursächlich für die vor Erteilung der Prüfaufträge gezahlten Einlagen der Kläger gewesen seien.

Allerdings könne, so hat der BGH ausgeführt, eine Schadenhaftung des Beklagten aus **Verschulden bei Vertragsschluss** in Betracht kommen, wenn nachgewiesen werde, dass die Betreiberin des Anlagensystems den Klägern gegenüber vor Zeichnung der Anlagen mit unrichtigen Prüftestaten des Beklagten geworben habe und der Beklagte dies gewusst habe oder damit habe rechnen müssen. In der Rechtsprechung sei anerkannt, dass die **berufliche Stellung bedeutsam dafür sein könne, ob eine Person auch Dritten gegenüber, zu denen sie keine unmittelbaren vertraglichen Beziehungen unterhalte, nach den Grundsätzen der vertraglichen oder quasi-vertraglichen Haftung einzustehen habe**.

Dieser Rechtsprechung liege der allgemeine Rechtsgedanke zugrunde, dass für die Vollständigkeit und Richtigkeit der in Verkehr gebrachten Angaben jeder einstehen müsse, der durch von ihm in Anspruch genommenes und ihm auch entgegengebrachtes Vertrauen auf den Willensentschluss eines Dritten Einfluss genommen habe. Diese Grundsätze müssten auch für **Wirtschaftsprüfer** gelten, **die sich in ein Kapitalanlagensystem als Kontrollorgan einbinden ließen** und aufgrund des ihnen in der Öffentlichkeit in wirtschaftlichen Fragen allgemein entgegengebrachten Vertrauens Einfluss auf die Anlageentscheidung der Anlageinteressenten nähmen.

Der Wirtschaftsprüfer erwecke durch seine Tätigkeit den Eindruck besonderer Zuverlässigkeit des Systems. Ein Wirtschaftsprüfer, der es im Rahmen eines Kapitalanlagensystems übernehme, **die Einzahlungen der Anleger und die Mittelverwendung regelmäßig zu überprüfen, diese Kontrolle tatsächlich nicht in dem den Anlegern versprochenen Umfang durchführt, aber in seinen Prüftestaten die Ordnungsgemäßheit des Geldflusses und der Mittelverwendung bestätigt**, haftet den Anlegern auf Schadenersatz aus Verschulden bei Vertragsschluss, wenn diese im Vertrauen auf die Richtigkeit der Testate Geldanlagen tätigten.

Er könne sich in einem solchen Fall nicht darauf berufen, er sei von dem Veranstalter des Kapitalanlagensystems nur mit der Kontrolle der Konten beauftragt worden. Vielmehr müsse er, wenn er Unzulänglichkeiten im Geschäftsbetrieb des Kapitalanlagebetreibers und Abweichungen zwischen den Angaben des Anlageprospekts und dem Gegenstand seines Prüfauftrags feststelle, geeignete Maßnahmen ergreifen, um den von ihm mitgeschaffenen Vertrauensstatbestand zu beseitigen.

(BGH, Urt. v. 26.9.2000 - X ZR 94/98)

Pressemitteilung d. BGH v. 26.9.2000

#### BFH: Abhängigkeit des Kindergeldanspruchs der Eltern von den Einkünften des Kindes

Bereits im März dieses Jahres hat der Bundesfinanzhof (BFH) in mehreren Urteilen dargelegt, unter welchen Voraussetzungen Einkünfte und Bezüge des Kindes für die Gewährung von Kindergeld schädlich sein können (Volljährigkeit des Kindes, VI R 162/98; Heirat des Kindes, VI R 13/99; Übergang zur Erwerbstätigkeit, VI R 19/99 und VI R 196/98; siehe dazu *Pressemitteilung Nr. 19 vom 18.5.2000 = GI 2000, 158*).

Nunmehr hat der VI. Senat des BFH in seinem Urteil vom 21.7.2000 - VI R 153/99 zu der Frage - die bisher offen bleiben konnte - Stellung genommen, wie der Begriff der „Einkünfte“ des Kindes zu verstehen ist. Ferner war zu klären, ob der Grenzbetrag von 12.000 DM im Jahr 1997, bei dessen Überschreiten der Kindergeldanspruch der Eltern entfällt, der Höhe nach verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprach. Schließlich war zu entscheiden, ob die Ausgestaltung des Grenzbetrags als Freigrenze, bei deren Überschreiten der Kindergeldanspruch gänzlich und nicht nur in Höhe des den Grenzbetrag über-

schreitenden Teils entfällt, dem Gleichbehandlungsgebot des Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) entspricht.

Der BFH hat dazu ausgeführt, dass der **Begriff der Einkünfte in § 32 Abs. 4 Satz 2** des Einkommensteuergesetzes (EStG) der Legaldefinition des § 2 Abs. 2 EStG entspricht. Damit ist der BFH nicht der von der Vorinstanz (Finanzgericht Niedersachsen) vertretenen Auffassung gefolgt, statt der Einkünfte des Kindes sei dessen Einkommen, d.h. der Gesamtbetrag der Einkünfte vermindert um die Sonderausgaben und die außergewöhnlichen Belastungen des Kindes, anzusetzen.

Weiter hat der BFH entschieden, dass der für das Jahr 1997 für die Einkünfte und Bezüge des Kindes mit 12.000 DM zugrunde zu legende Grenzbetrag, bei dessen Überschreiten der Kindergeldanspruch der Eltern entfällt, **sowohl nach der Art der gewählten Bemessungsgrundlage als auch nach deren Höhe, verfassungsrechtlichen Anforderungen entspricht**. Der Gesetzgeber habe in Bezug auf den genannten Grenzbetrag an die Einkünfte des Kindes anknüpfen können, obwohl Kinder, die in einem Ausbildungsverhältnis beschäftigt sind, davon Sozialversicherungsbeiträge abführen müssten. Auch die Höhe des Grenzbetrags für das Jahr 1997 genüge den verfassungsrechtlichen Anforderungen.

Schließlich vertritt der BFH die Auffassung, es sei im Hinblick auf das Gleichbehandlungsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG nicht zu beanstanden, dass § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG keine Milderungsregelung enthalte, sondern der Kindergeldanspruch **bei einer Überschreitung des Grenzbetrags gänzlich und nicht nur in Höhe des den Grenzbetrag überschreitenden Teils entfalle**.  
(BFH, Urt. v. 21.7.2000 - VI R 153/99)

Pressemitteilung d. BFH v. 12.9.2000

**BFH: Keine phasengleiche Aktivierung von Dividendenforderungen**

Mit Beschluss vom 7.8.2000 - GrS 2/99 hat der Große Senat des Bundesfinanzhofs entschieden, dass eine Kapitalgesellschaft, die mehrheitlich an einer anderen Kapitalgesellschaft beteiligt ist, **Dividendenansprüche aus einer am Bilanzstichtag noch nicht beschlossenen Gewinnverwendung der nachgeschalteten Gesellschaft grundsätzlich nicht aktivieren kann**.

Der Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Eine GmbH (Klägerin), die zum 31.12.1985 über einen Verlustvortrag von 10,2 Mio. DM verfügte, erwarb am 23.12.1985 von ihrer ausländischen Muttergesellschaft entgeltlich 84 v.H. der Aktien an einer inländischen AG. Die AG erzielte für 1985 einen erheblichen ausschüttungsfähigen Gewinn. Die GmbH aktivierte deshalb zum 31.12.1985 „phasengleich“ eine Einnahme aus der Beteiligung an der AG in Höhe von rund 8,8 Mio. DM, obwohl die Hauptversammlung der AG eine entsprechende Gewinnverwendung erst am 24.6.1986 beschloss.

Nach der jetzt getroffenen Entscheidung des Großen Senats ist eine solche phasengleiche Aktivierung unzulässig.  
(BFH, Beschl. v. 7.8.2000 - GrS 2/99)

Pressemitteilung d. BFH v. 27.9.2000

## GI Leitsätze

### Werbeverbot/Rechtsanwalt/Straßenwerbung

1. Allein die Platzierung der anwaltlichen Werbung kann eine dem Inhalt nach erlaubte Werbung der Form nach unsachlich und reklamehaft machen.

2. Die Integration anwaltlicher Werbung in eine intensiv farbig gestaltete gewerbliche Werbelandschaft im öffentlichen Straßenraum kann auch bei einer inhaltlich sachlichen Werbung den reklamehaften Zug des Selbstanpreises bewirken.

(OLG Frankfurt, Beschl. v. 17.5.1999 - 6 W 56/99, OLG-Report 1999, 167)

### Steuerberaterhonorar/Rahmengebühr/Ermessen des Steuerberaters

Bei Rahmengebühren hat der Steuerberater die Gebührenbestimmung nach billigem Ermessen vorzunehmen. Die vorgenommene Bestimmung ist nicht zu beanstanden, wenn die angemessene Gebühr um nicht mehr als 20% überschritten wird. Dabei ist jeder Rechnungsposten (Gebührentatbestand) einzeln zu betrachten.

(Leitsatz nicht amtlich)

(AG Frankfurt/M., Urt. v. 23.10.1998 - 31 C 1375/97 - 10, rkr., StB 1999, 350)

## Anspruch auf Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung

- Verletzung der richterlichen Aufklärungspflicht
  - Verspäteter Sachvortrag
- (BGH, Urt. v. 28.10.1999 - IX ZR 341/98)

### Leitsatz:

Zu den Voraussetzungen einer Zurückverweisung, wenn das Gericht des ersten Rechtszuges nach Eingang eines nachgereichten, nicht nachgelassenen Schriftsatzes die mündliche Verhandlung nicht wieder eröffnet.

### Zum Sachverhalt:

Der klagende Rechtsanwalt führte in den Jahren 1993/94 im Auftrag der Beklagten Verhandlungen mit Gläubigern, die diese dazu bewegen sollten, auf einen Teil ihrer Forderungen zum Zweck der Sanierung des Unternehmens der Beklagten zu verzichten. Die Parteien schlossen eine schriftliche Honorarvereinbarung, wonach der Kläger für seine Tätigkeit ein Pauschalhonorar von 80.000 DM zuzüglich Mehrwertsteuer erhalten sollte; die Urkunde weist als Ausstellungsdatum den 16.11.1993 aus.

Der Kläger nimmt, nachdem er die Klage in der ersten Instanz - einseitig - teilweise für erledigt erklärt hat, die Beklagte auf Zahlung eines restlichen Anwaltshonorars von 87.839,31 DM zuzüglich Zinsen in Anspruch. Außerdem verlangt er für steuerberatende Tätigkeit Zahlung von 4.674,98 DM zuzüglich Zinsen, Zug um Zug gegen Herausgabe der noch in seinem Besitz befindlichen Buchhaltungsunterlagen der Beklagten.

Die Beklagte hat gegenüber der Anwaltshonorarforderung eingewandt, der Kläger habe ihr die Honorarvereinbarung „abgepresst“. Er habe ihr zu einem Zeitpunkt, als ein Anwaltswechsel nicht mehr gut möglich gewesen sei - etwa im Februar 1994 -, gedroht, er werde das Mandat niederlegen, wenn sie ihm nicht die Zahlung des die gesetzlichen Gebühren übersteigenden Honorars verspreche; die unter diesem Druck geschlossene Vereinbarung sei auf den 16.11.1993 zurückdatiert worden.

Auf der Grundlage dieses Sachvortrags hat die Beklagte die Vereinbarung wegen Drohung an-

gefochten und geltend gemacht, sie verstoße gegen die guten Sitten.

Das Landgericht hat der Klage bis auf einen Teil des Zinsanspruchs stattgegeben. Das Berufungsgericht hat unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils die Sache an das Landgericht zurückverwiesen. Dagegen richtet sich die Revision des Klägers.

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

### Aus den Gründen:

#### I.

Das Berufungsgericht hat seine Entscheidung wie folgt begründet:

Die Anfechtung durch die Beklagte sei jedenfalls deswegen unwirksam, weil sie nicht innerhalb der Jahresfrist des § 124 BGB erklärt worden sei. Die Honorarvereinbarung sei auch nicht nach § 138 BGB nichtig, wenn sie tatsächlich am 16.11.1993 zustande gekommen sei. Anders sei es jedoch, wenn die Urkunde entsprechend der Behauptung der Beklagten zurückdatiert worden sei. Dann spreche vieles dafür, dass die Vereinbarung der Beklagten „abgepresst“ worden sei.

Dass die Honorarvereinbarung nicht am 16.11.1993 vom geschäftsführenden Gesellschafter der Beklagten unterschrieben worden sein könne, habe die Beklagte in einem nach Schluss der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht eingereichten Schriftsatz vorgetragen und unter Beweis gestellt; danach habe sich ihr geschäftsführender Gesellschafter in der Zeit vom 13. bis zum 18.11.1993 im Ausland aufgehalten.

Der vom Landgericht nach § 296a ZPO nicht berücksichtigte Schriftsatz habe es erforderlich gemacht, gemäß § 156 ZPO die mündliche Verhandlung wieder zu eröffnen.

Auf die Frage, wann die Honorarvereinbarung unterschrieben worden sei, sei es auch nach Auffassung des Landgerichts angekommen; denn es habe sie in seinem Beweisbeschluss als klärungsbedürftig angesehen. Der Verstoß gegen § 156 ZPO sei ein wesentlicher Verfahrensmangel, der zur Zurückverweisung nach § 539 ZPO führe.

## II.

Diese Sachbehandlung rügt die Revision zu Recht als verfahrensfehlerhaft.

1. Ob ein Verfahrensmangel vorliegt, ist aus der materiell-rechtlichen Sicht des Erstrichters zu beurteilen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob das Berufungsgericht sie teilt oder nicht (*st. Rspr.*, vgl. BGHZ 86, 218, 221; BGH, Urt. v. 10.12.1996 - VI ZR 314/95, NJW 1997, 1447 f).

Das Berufungsgericht, das dies nicht verkannt hat, hat gemeint, darauf abstellen zu können, dass das Landgericht über die Frage, wann die Honorarvereinbarung zustande gekommen ist, Beweiserhebung angeordnet und, wie zu ergänzen ist, in Ausführung seines Beweisbeschlusses Zeugen vernommen hat. Diese Ansicht ist verfehlt. Ob eine unterbliebene - weitere - Beweiserhebung hätte durchgeführt werden müssen, richtet sich nach der rechtlichen Beurteilung, die das Erstgericht seinem Urteil zugrunde gelegt hat.

Das Landgericht hat in den Entscheidungsgründen seines Urteils ausgeführt, die Beklagte habe unabhängig vom Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht bewiesen, dass der Kläger die Vereinbarung durch unzulässigen Druck herbeigeführt habe. Deshalb komme es auf die Frage, wann die Vertragsurkunde für die Beklagte unterzeichnet worden sei, nicht an. Von diesem Standpunkt aus war eine - weitere - Beweiserhebung nicht geboten. Die Voraussetzungen für eine Zurückverweisung nach § 539 ZPO waren auf dieser Grundlage nicht gegeben.

2. Das Landgericht hat freilich als zusätzliche Begründung angeführt, „das Vorbringen der Parteien in den nicht nachgelassenen Schriftsätzen ... (lasse) die Kammer gemäß § 296a ZPO unberücksichtigt“. Ob damit gesagt werden sollte, das in dem nachgereichten Schriftsatz der Beklagten enthaltene Vorbringen einschließlich des dazu benannten weiteren Zeugen sei doch beweiserheblich, ist unklar. Auch wenn es so gewesen sein sollte, wäre es nicht verfahrensfehlerhaft gewesen, die mündliche Verhandlung nicht wieder zu eröffnen.

Das Berufungsgericht scheint der Ansicht gewesen zu sein, eine Pflicht zur Wiedereröffnung bestehe immer dann, wenn aus der Sicht des Erstgerichts das nachgeschobene tatsächliche Vorbringen entscheidungserheblich sei. Das entspricht nicht der Rechtslage.

**Die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung aufgrund neuen, nicht gemäß § 283 ZPO nachgelassenen Vorbringens ist - von dem hier nicht zu erörternden Sonderfall eines Wiederaufnahmegrundes abgesehen (vgl. dazu BGHZ 30, 60, 66; 53, 245, 262) - nur dann geboten, wenn dieses Vorbringen ergibt, dass es aufgrund eines nicht prozessordnungsmäßigen Verhaltens des Gerichts, insbesondere einer Verletzung der richterlichen Aufklärungspflicht (§ 139 ZPO) oder des Anspruchs auf rechtliches Gehör, nicht rechtzeitig in den Rechtsstreit eingeführt worden ist (BGHZ 30, 60, 65; BGH, Urt. v. 7.10.1992 - VIII ZR 199/91, NJW 1993, 134; v. 8.2.1999 - II ZR 261/97, MDR 1999, 758 f).**

Im Übrigen steht der Wiedereintritt in die mündliche Verhandlung im freien Ermessen des Gerichts (BGH, Urt. v. 21.2.1986 - V ZR 246/84, NJW 1986, 1867, 1868).

Im vorliegenden Fall wusste die Beklagte aufgrund des nach § 358a ZPO erlassenen Beweisbeschlusses des Landgerichts, dass darüber, wann die Honorarvereinbarung zustande gekommen war, Beweis erhoben werden sollte. **Dafür, dass sie ihre neue Darstellung - angebliche damalige Auslandsabwesenheit ihres geschäftsführenden Gesellschafters - einschließlich des Beweistritts dafür erst nach Schluss der mündlichen Verhandlung vortrug, war nicht das Gericht, sondern allein sie selbst verantwortlich.**

Solche **Nachlässigkeiten** auszugleichen ist nicht Sinn der Möglichkeit, die mündliche Verhandlung wieder zu eröffnen. Es gibt auch keinen Anhaltspunkt dafür, dass das Landgericht diese Möglichkeit nicht einmal gesehen und erwogen hätte. Eine Erörterung dieses Punktes in den Entscheidungsgründen des Urteils war nicht erforderlich (vgl. BGH, Urt. v. 2.4.1958 - V ZR 203/56, JR 1958, 344, 345).

3. Für den mit der Klage ebenfalls geltend gemachten Anspruch auf Zahlung von Steuerberatervergütung in Höhe von 4.674,98 DM spielt die Frage, ob die Vereinbarung über das Anwaltshonorar wirksam war, keine Rolle.

Warum das Berufungsgericht die Sache auch wegen dieses selbständigen Streitgegenstands an das Landgericht zurückverwiesen hat, lässt sich dem Berufungsurteil nicht entnehmen. Die Revision rügt zu Recht, dass das Urteil insoweit nicht mit Gründen versehen ist (§ 551 Nr. 7 ZPO).

## Steuerberaterhaftung

- Kenntnis des Steuerrechts
  - Karenzfrist
  - USt, Geldspielautomaten
  - DStR
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 25.5.2000 - 13 U 76/99)

### Leitsatz:

Für die Kenntnisnahme höchstrichterlicher Entscheidungen wird dem Steuerberater eine Karenzzeit von vier bis sechs Wochen zugerechnet. Über Entscheidungen nachgeordneter Gerichte, die nicht Gegenstand einer aktuellen Diskussion sind, muss der Steuerberater nicht vor Ablauf von zwei Monaten nach deren Veröffentlichung informiert sein.

### Zum Sachverhalt:

Die Klägerin macht gegen den beklagten Steuerberater Schadenersatzansprüche wegen der verspäteten Einlegung von Rechtsmitteln gegen Umsatzsteuerfestsetzungen geltend.

Die Klägerin ist Betreiberin von Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeit. Als Steuerberater der Klägerin fertigte der Beklagte die Umsatzsteuerbescheide für die Jahre 1979 bis 1990. Nach vorangegangener Betriebsprüfung erklärte das Finanzamt die Umsatzsteuerbescheide 1987 bis 1990 unter dem 19.4.1993 für vorbehaltlos. Die Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen diesen Bescheid lief am 22.5.1993 ab.

Bis zum Mai 1994 setzte die Finanzverwaltung die Umsatzsteuer für Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeit auf der Basis fest, dass sie den bei der Leerung der Automaten vorhandenen Inhalt mit 1,5 multiplizierte. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 5.5.1994 bildet dagegen nur der Kasseneinhalt die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer bei derartigen Umsätzen. Die Entscheidung wirkte sich allerdings nicht mehr auf die bis zu diesem Zeitpunkt bereits bestandskräftigen Umsatzsteuerbescheide aus.

Die Klägerin hat die Auffassung vertreten, der Beklagte hätte die Problematik hinsichtlich der Festsetzung der Umsatzsteuer bei Umsätzen aus Geldspielautomaten zumindest kennen und vorsorglich Rechtsmittel einlegen müssen. Für die Jahre 1987 bis 1990 sei ihr ein Schaden von 362.962,67 DM entstanden, wovon sie einen Teilbetrag von 10.000 DM geltend mache.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat die Verletzung von Sorgfaltspflichten in Abrede gestellt und die Einrede der Verjährung erhoben.

Durch Urteil vom 6.4.1999 hat das Landgericht die Klage abgewiesen und der Widerklage stattgegeben. Zur Begründung hat es im Wesentlichen ausgeführt, bis zum Ablauf der Einspruchsfrist gegen den Bescheid vom 19.4.1993 habe es keine höchstrichterliche Rechtsprechung gegeben, die Anhaltspunkte für eine Fehlerhaftigkeit der Umsatzsteuerbescheide 1987 bis 1990 gegeben hätte. Auch habe die Klägerin nicht dargetan, dass eine Rechtsprechungsänderung für den Beklagten vorhersehbar gewesen sei.

Gegen dieses Urteil wendet sich die Klägerin mit der form- und fristgerecht eingelegten Berufung. Die Klägerin vertritt die Ansicht, dem Beklagten hätte bekannt sein müssen, dass ein Klageverfahren bezüglich der Umsatzsteuer bei Umsätzen aus Geldspielautomaten anhängig gewesen sei.

(Anträge ...)

Die Berufung hat in der Sache keinen Erfolg.

### Aus den Gründen:

#### I.

Es ist bereits zweifelhaft, ob die Berufung der Klägerin insgesamt zulässig ist.

Zwar war die Klägerin nicht gehindert, die zunächst beschränkt eingelegte Berufung zu erweitern. Die Möglichkeit, den Antrag auf einen weiteren Teil des angefochtenen Urteils zu erstrecken, bleibt dem Rechtsmittelführer lediglich verschlossen, wenn seiner Erklärung in der Rechtsmittelschrift zu entnehmen ist, dass er im Übrigen auf das Rechtsmittel verzichte (BGHZ 88, 360, 363). In der Berufungsbegründung ist jedoch nicht der klare und eindeutige Wille der Klägerin zum Ausdruck gekommen, das erstinstanzliche Urteil hinsichtlich der Widerklage hinzunehmen.

Allerdings ist die Erweiterung der Berufung nach Ablauf der Berufungsbegründungsfrist bis zum Schluss der letzten mündlichen Verhandlung nur zulässig, sofern sich der Berufungs-

kläger im Rahmen der ursprünglichen Berufungsbegründung hält und nicht neue Gründe nachschieben muss (Zöller/Gummer, ZPO 21. Aufl., § 519 Rdnr. 31 m.w.N.).

Hier ist zweifelhaft, ob die Berufungsbegründung auch darauf gerichtet ist, das erstinstanzliche Urteil bezüglich der Widerklage abzuändern. Der Streitgegenstand der Leistungsklage umfasst nicht den Streitgegenstand der negativen Feststellungswiderklage. Es geht in jedem Fall um andere Zeiträume. Da aber Gegenstand des Rechtsstreits nur eine Pflichtverletzung des Beklagten ist und die Parteien über die Höhe des Schadens nicht streiten, liegt ein schwieriges Abgrenzungsproblem vor.

Das braucht der Senat nicht zu entscheiden (vgl. BVerfGE 60, 243, 246). Denn die Berufung der Klägerin hat in der Sache keinen Erfolg.

## II.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (NJW 1998, 1486 m.w.N.) hat der Steuerberater seinen Mandanten, von dessen Beratungsbedürftigkeit er grundsätzlich auszugehen hat, umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten. Insbesondere muss der Steuerberater seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden bewahren und ihm den nach den Umständen sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung machen.

Welche konkreten Pflichten aus diesen allgemeinen Grundsätzen abzuleiten sind, richtet sich nach dem erteilten Mandat und den Umständen des Einzelfalles.

1. Im Streitfall wirft die Klägerin dem Beklagten in erster Linie vor, die Umsatzsteuerbescheide 1987 bis 1990 hätten mit Rücksicht auf ein beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) anhängiges Verfahren, das die umsatzsteuerrechtlichen Bemessungsgrundlagen für die **Besteuerung von Geldspielautomaten** zum Gegenstand hatte, nicht Bestandskraft erlangen dürfen. Dieser Vorwurf ist jedoch nicht gerechtfertigt.

a) Ein Steuerberater, der die Beratung eines Mandanten übernimmt, beachtet dann die im Verkehr erforderliche Sorgfalt, wenn er die veröffentlichte höchstrichterliche Rechtsprechung, an der das Bundesverfassungsgericht,

der Bundesfinanzhof (BFH) und der EuGH beteiligt sind, berücksichtigt. Gegen diese Sorgfaltpflichten hat der Beklagte nicht verstoßen. Im Gegenteil:

Die Umsatzsteuerbescheide für die Jahre 1987 bis 1990 sind auf der Grundlage des Urteils des BFH vom 29.1.1987 (BStBl II, 516) ergangen, wonach jedes in einen Geldspielautomaten eingeworfene Geldstück ein Entgelt für die Überlassung des Automaten zum Spielen darstellt. **Das Bundesverfassungsgericht und der EuGH hatten sich bis zur Bestandskraft der Steuerbescheide zu dem hier bedeutsamen Gesichtspunkt noch nicht geäußert.**

Die Klägerin vermag auch keine finanzgerichtliche Entscheidung zu benennen, die sich mit der Rechtsprechung des BFH auch nur im Ansatz kritisch auseinander gesetzt hätte. Zwar sind in der Literatur Bedenken gegen die Vereinbarkeit dieser Rechtsprechung mit dem EG-Recht erhoben worden (z.B. Reiß, BB 1991, 1764). **Abweichende Stimmen im Schrifttum muss der Steuerberater bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben in der Regel nicht berücksichtigen.**

Allerdings darf er, ähnlich wie ein Rechtsanwalt, nicht blind auf den Fortbestand der höchstrichterlichen Rechtsprechung vertrauen. Es kommt darauf an, mit welchem Grad an Deutlichkeit (Evidenz) eine neue Rechtsentwicklung in eine bestimmte Richtung weist und eine neue Antwort auf bisher anders entschiedene Fragen nahe legt (BGH, NJW 1993, 3323, 3325).

Dass sich noch vor dem Ablauf der Einspruchsfrist eine Entwicklung hin zu der Auffassung abzeichnete, die schließlich vom EuGH vertreten worden ist, hat die Klägerin nicht durch eine einzige Fundstelle belegt.

Vielmehr dürften die Finanzverwaltung und die Finanzgerichte von den Schlussanträgen, die der Generalanwalt am 3.3.1994 in der dem EuGH vorgelegten Rechtssache gestellt hat (UR 1994, 178), überrascht worden sein (vgl. Lausterer, UR 1994, 183 mit ausführlichen Hinweisen zur Rechtsprechung der Finanzgerichte), zumal selbst die EG-Kommission die deutsche Auffassung teilte, dass als Besteuerungsgrundlage beim Betreiben von Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeit der von dem Spieler tatsächlich eingesetzte Gesamtbetrag einschließlich der Spielgewinne anzusetzen sei (Antwort der Kommission vom 28.10.1992 auf die Anfrage des Abgeordneten Rogalla, UR 1993, 194).



Das für die Klägerin zuständige Finanzgericht hatte trotz der ins Feld geführten EG-rechtlichen Gesichtspunkte noch am 18.8.1992 (5 V 6387/91 A [U], EFG 1993, 264) keine Zweifel an der Richtigkeit der Rechtsprechung des BFH.

b) Allerdings sind die **Fragen, die das Finanzgericht Hamburg dem EuGH durch Beschluss vom 22.12.1992 vorgelegt hat und die dann zu der Entscheidung vom 5.5.1994 (BStBl II, 548) geführt haben, in der Ausgabe der Zeitschrift „Deutsches Steuerrecht“ vom 26.3.1993, also noch vor Ablauf der hier bedeutsamen Einspruchsfrist am 22.5.1993, veröffentlicht worden.** Dem Beklagten kann jedoch nicht der Vorwurf gemacht werden, diese Veröffentlichung unbeachtet gelassen zu haben.

Ein Rechtsanwalt verstößt nur dann gegen seine Sorgfaltspflichten, wenn er eine ständige, **das Mandatsverhältnis prägende Rechtsprechung des zuständigen Untergerichts** außer Acht lässt (Zugehör, Handbuch der Anwaltshaftung, Rdnr. 579). Ein vergleichbarer Sachverhalt liegt hier aber nicht vor.

Es ist darüber hinaus zweifelhaft, ob ein Steuerberater die in der Zeitschrift „Deutsches Steuerrecht“ (DStR) veröffentlichten Entscheidungen kennen muss. Späth (DStZ 1990, 281) vertritt die Ansicht, auch ein äußerst sorgfältiger und gewissenhafter Steuerberater könne nur auf die Veröffentlichungen im Bundessteuerblatt und nicht auch auf die in den steuerlichen Fachzeitschriften verwiesen werden. Gräfe/Lenzen/Schmeer (Steuerberaterhaftung 3. Aufl., Rdnr. 241) neigen dagegen zu der Auffassung, die in der Zeitschrift DStR veröffentlichten finanzgerichtlichen Entscheidungen müsse ein Steuerberater kennen.

Die Frage, ob letzterer Meinung, die im Vergleich zu Rechtsanwälten recht hohe Anforderungen an die Sorgfaltspflichten eines Steuerberaters stellt, zu folgen ist, kann aber dahinstehen. Selbst wenn man sich ihr anschließen wollte, bliebe die Frage, ab welchem Zeitpunkt der Steuerberater von einer in der Zeitschrift DStR veröffentlichten finanzgerichtlichen Entscheidung Kenntnis nehmen muss.

**Für die Kenntnisnahme höchstrichterlicher Entscheidungen wird einem Steuerberater ebenso wie einem Rechtsanwalt eine Karenzzeit von vier bis sechs Wochen zuzubilligen sein (OLG Köln, Urt. v. 4.9.1998, JURIS DOKNR 621813).**

**Die Information über die Entscheidungen nachgeordneter Gerichte darf der Steuerberater länger zurückstellen.** Das gilt jedenfalls für die Streitfragen, die – wie hier – nicht Gegenstand einer aktuellen Diskussion sind.

In einem solchen Fall muss dem Steuerberater eine zweimonatige Karenzzeit eingeräumt werden. Diese war hier, ohne dass aufzuklären ist, wann die Ausgabe der Zeitschrift „Deutsches Steuerrecht“ vom 26.3.1993 ausgeliefert worden ist, bis zum Eintritt der Bestandskraft der Steuerbescheide nicht abgelaufen.

c) Der Beklagte wäre aber auch dann nicht zum Schadenersatz verpflichtet, wenn man – entgegen der Auffassung des Senats – eine Pflichtverletzung annehmen wollte. **Es fehlte dann die Kausalität zwischen der Pflichtverletzung und dem Schaden. Die Finanzverwaltung hätte einen rechtzeitig eingelegten Einspruch des Beklagten gegen die Umsatzsteuerbescheide zurückgewiesen.**

Erst durch Verfügung vom 9.9.1993 hat die Oberfinanzdirektion Düsseldorf (DStR 1993, 1631) dem Ruhen von Einspruchsverfahren, bei denen es um die Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Umsätze von Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeit ging, allgemein zugestimmt.

Gleichzeitig hat die Behörde unter Hinweis auf die einschlägige Rechtsprechung des Finanzgerichts Düsseldorf angeordnet, Anträge auf Aussetzung der Vollziehung weiterhin abzulehnen. Mithin wäre auch einem solchen Antrag des Beklagten der Erfolg versagt geblieben.

2. Die Klägerin kann dem Beklagten schließlich nicht vorwerfen, er hätte aufgrund des Vorbehalts der Nachprüfung, mit dem das Finanzamt die Umsatzsteuerbescheide versehen hat, erkennen müssen, dass ein gerichtliches Verfahren anhängig war.

Nach § 164 Abs. 1 AO können Steuern, so lange der Steuerfall nicht abschließend geprüft ist, allgemein oder im Einzelfall unter dem Vorbehalt der Nachprüfung festgesetzt werden.

So ist auch hier verfahren worden. Die Bescheide sind, wie die Klägerin im Berufungsrechtszug selbst vorträgt, nach vorangegangener Betriebsprüfung für vorbehaltlos erklärt worden.

(...)

## Wirtschaftsprüferhaftung

- Verjährung, Bilanzerstellung, § 51a WPO
  - Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten?
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 16.12.1999 - 13 U 5/99)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Der Nur-Wirtschaftsprüfer unterliegt der Verjährungsfrist des § 51a WPO, wenn er aus einer Bilanzerstellung in Regress genommen wird.
2. Die Verjährung beginnt mit Bekanntgabe des schädigenden Steuerbescheides.
3. Die Sekundärhaftung gilt im Bereich der Wirtschaftsprüferhaftung nicht.

### Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen den Beklagten aus seiner Tätigkeit bei Aufstellung des Jahresabschlusses 1986 für die G. auf Schadenersatz in Anspruch.

Die Klägerin zu 1) ist die Rechtsnachfolgerin der G., deren Gesellschafter der Vater des Klägers zu 2) zu 40% und der Kläger zu 2) zu 60% waren. V. verstarb am 16.12.1989 und wurde von seiner Frau beerbt, die wiederum nach ihrem Tode am 26.10.1990 von ihren Kindern, dem Kläger zu 2) und dessen Schwester, beerbt wurde.

Die den beiden Erben gesamthänderisch angeblich zustehende Forderung macht der Kläger zu 2) neben seiner eigenen Forderung im eigenen Namen geltend.

Die G. hatte im Jahre 1940 eine Unterstützungskasse für die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung ihrer Arbeitnehmer gegründet. Die Versorgungsleistungen wurden aus einem Kapitalbetrag bestritten, den die G. der Kasse zur Verfügung gestellt hatte und den diese der G. darlehensweise zur Verfügung stellte, soweit er nicht zur Befriedigung der Versorgungsansprüche benötigt wurde.

Da dieser Kasse ab 1980 keine Mittel mehr zur Verfügung standen, wurde den ab 1981 eingestellten Arbeitnehmern keine Zusatzversorgung mehr zugesagt. Die G. zahlte in der Folgezeit aber an die Unterstützungskasse den Jahresbetrag der Versorgungsbezüge, die ihrerseits die Ansprüche der Versorgungsempfänger befriedigte.

Der Beklagte, der als Wirtschaftsprüfer firmiert, erhielt im Jahre 1987 den Auftrag, den Jahresabschluss für das Jahr 1986 zu erstellen und angesichts des hohen Gewinns vor Steuern von 2,4 Mio. DM in rechtlich zulässiger Weise derart zu vermindern, dass lediglich ein geringerer Teil der Besteuerung unterliege. Dem Auftrag lagen die von dem Beklagten verwandten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfergesellschaften vom 1.10.1983 zugrunde.

In der am 19.11.1987 fertig gestellten Jahresabschlussbilanz wies der Beklagte zur Reduzierung des zu versteuernden Gewinns nach § 6a EStG auf der Grundlage eines rentenmathematischen Gutachtens zur Befriedigung der jetzigen und zukünftigen Versorgungsansprüche aus Zusagen der Unterstützungskasse eine Rückstellung in Höhe von 200.301 DM aus, was das Finanzamt unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gemäß § 164 Abs. 1 AO zunächst in dem Feststellungsbescheid für 1986 vom 22.1.1988 berücksichtigte. Auf der Grundlage dieses Bescheides ergingen der Gewerbesteuerbescheid für das Unternehmen und die Einkommensteuerbescheide für die Gesellschafter.

Aufgrund einer Betriebsprüfung im Jahre 1988 erließ das Finanzamt unter dem 14.2.1989 einen geänderten Feststellungsbescheid, durch den der zu versteuernde Gewinn der Rechtsvorgängerin der Klägerin zu 1) für das Jahr 1986 unter Nichtanerkennung der Pensionsrückstellung auf 2.780.633 DM festgesetzt wurde. Auf der Grundlage des geänderten Feststellungsbescheides änderte die Stadt M. mit Gewerbesteuerheranziehungsbescheid vom 12.4.1989 den einheitlichen Gewerbesteuermessbetrag zu Lasten der Klägerin zu 1).

Ebenfalls auf der Grundlage des geänderten Feststellungsbescheides wurde durch Bescheide des Finanzamts vom 15.3.1989 die von den Gesellschaftern und dem Kläger zu 2) und dessen Ehefrau zu zahlende Einkommensteuer gegenüber dem früheren Einkommensteuerbescheid zu deren Lasten abgeändert.

Die Einsprüche gegen den Feststellungsbescheid vom 14.2.1989 und den einheitlichen Gewerbesteuermessbetragsbescheid vom 12.4.1989 wurden zurückgewiesen; die Klage wurde durch Urteil des Finanzgerichts vom 10.10.1994 abgewiesen.

Unstreitig schuldete die Erbengemeinschaft ... mit Rücksicht auf die Nichtanerkennung der

Pensionsrückstellung einen Steuer Mehrbetrag von 36.520,45 DM und Zinsen von 11.390 DM. Diese Beträge sowie den auf ihn und seine Ehefrau durch die Nichtanerkennung der Pensionsrückstellung entfallenden Steuer Mehrbetrag von 64.934 DM sowie Aussetzungszinsen von 20.230 DM hat der Kläger zu 2) gezahlt.

Der Beklagte hat eine Pflichtverletzung bestritten und sich auf Verjährung berufen.

Nachdem über das Vermögen der Klägerin zu 1) das Konkursverfahren eröffnet worden ist und insoweit das Verfahren nach § 240 ZPO unterbrochen wurde ... (Anträge ...)

Das Landgericht hat nach Beweiserhebung durch Einholung eines schriftlichen Gutachtens und einer persönlichen Anhörung der Steuerberaterin ... durch Teilurteil vom 8.12.1998 der Klage des Klägers zu 2) stattgegeben und den Beklagten antragsgemäß verurteilt. Das Landgericht hat u.a. ausgeführt, Verjährung sei nicht eingetreten. Der primäre Anspruch auf Schadenersatz sei zwar nach § 51a WPO vor Klageerhebung am 11.4.1995 verjährt; doch haftet der Beklagte, weil er es schuldhaft unterlassen habe, auf sein Fehlverhalten und die Verjährung hinzuweisen.

Mit der rechtzeitig eingelegten und begründeten Berufung wiederholt der Beklagte die Verjährungseinrede und stützt sein Rechtsmittel darüber hinaus vornehmlich darauf, dass ein Schaden nicht entstanden sei.

(Anträge ...)

Die zulässige Berufung des Beklagten ist begründet.

#### Aus den Gründen:

Es kann dahingestellt bleiben, ob der Beklagte seine Pflichten aus dem mit der Rechtsvorgängerin der Klägerin zu 1) geschlossenen Steuerberatungsvertrag schuldhaft verletzt und dadurch einen Schaden der Erbengemeinschaft und des Klägers zu 2) verursacht hat. Denn ein etwa gegebener Schadenersatzanspruch ist verjährt.

#### I.

Die Verjährung des Schadenersatzanspruchs der Erbengemeinschaft des Klägers zu 2) richtet sich nach § 51a WPO.

1. Der Kläger ist „Nur-Wirtschaftsprüfer“ und nicht auch im Sinne einer Mehrfachqualifikation Steuerberater. Davon ist der Senat nach Würdigung des Akteninhalts überzeugt. Die erstmals in zweiter Instanz ohne Nachweis und Beweisantritt gemachte Behauptung des Beklagten, er sei auch Steuerberater, widerspricht seinem Auftreten gegenüber der Klägerin zu 1) und deren Rechtsvorgängerin. Dem Auftrag lagen die von dem Beklagten verwandten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfergesellschaften zugrunde.

Außerdem hat der Beklagte die Jahresabschlüsse 1986 und 1987 als „Wirtschaftsprüfer“ erstellt und das Wirtschaftsprüfersiegel beigefügt. Darüber hinaus ist in den geschäftlichen Briefbögen ausschließlich auf seine Wirtschaftsprüfereigenschaft hingewiesen. Auch nach Gründung der S. enthalten die Briefbögen nur den Hinweis auf die Wirtschaftsprüferqualität des Beklagten, während die Mehrqualifikationen der Mitgesellschafter im Einzelnen aufgeführt sind.

2. Die Verjährung richtet sich nach § 51a WPO und nicht nach § 68 StBerG. Die dem Beklagten vorgeworfene fehlerhafte Beratung betrifft zwar Tätigkeiten aus dem Arbeitsbereich eines Steuerberaters. **Dennoch ist § 68 StBerG nicht anwendbar, weil der Beklagte ausschließlich Wirtschaftsprüfer ist.** Nicht einschlägig sind hier die Kriterien, nach denen sich die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen so genannte „Mehrfachberufler“ richtet (BGH, NJW 1982, 1866). Denn, wie ausgeführt, der **Beklagte ist ausschließlich Wirtschaftsprüfer** und als solcher aufgetreten. Dass er nach § 2 Abs. 2 WPO zur geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen befugt ist, macht ihn nicht zugleich zum Steuerberater.

§ 51a WPO bezieht sich nicht nur auf solche Verträge, die eine betriebswirtschaftliche Prüfung zum Gegenstand haben, sondern auf **alle Verträge, in denen sich ein Wirtschaftsprüfer zu einer Leistung verpflichtet, die zum Berufsbild des Wirtschaftsprüfers gehört** (BGHZ 100, 132, 134; BGHZ 78, 335 ff, 343). Dazu gehört nach § 2 Abs. 2 WPO auch die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Steuersachen. Daher richtet sich die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen den Beklagten aus seiner Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer ausschließlich nach § 51a WPO, der Berufsordnung, der er bei Ausübung seiner Tätigkeit unterliegt (vgl. BGHZ 78, 335, 343).

## II.

Nach § 51a WPO verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis in fünf Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Auf die Kenntnis des Auftraggebers vom Schaden kommt es nicht an.

Die Kläger **werfen dem Beklagten vor**, er habe in der Bilanz 1986 zur Minderung des zu versteuernden Gewinns eine **Pensionsrückstellung ausgewiesen** und damit eine Gestaltungsmöglichkeit gewählt, **die nach § 6a EStG nur anerkannt werde, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer** – anders als im vorliegenden Fall – **unmittelbar einen Pensionsanspruch eingeräumt habe (so genannte Pensionszusage)**. Dadurch habe er die steuerlichen Nachteile für sie verschuldet.

In einem solchen Fall **beginnt die Verjährung** in der Regel, sobald der belastende **Steuerbescheid** gemäß §§ 122 Abs. 1, 155 Abs. 1 Satz 2 AO **bekannt gegeben wird**. Dann ist grundsätzlich ein Schaden infolge eines Beratungsfehlers und damit ein Ersatzanspruch des Mandanten entstanden, so dass die Verjährungsfrist des § 51a WPO in Lauf gesetzt wird (*vgl. BGH zu § 68 StBerG in: VersR 1995, 1062, 1063*).

Der hier belastende Steuerbescheid ist der **Feststellungsbescheid vom 14.2.1989**, durch den der Gewinn der G. festgestellt wurde. Dieser Grundlagenbescheid war bindend für die später festzusetzende Einkommensteuer der Gesellschafter. Mit Zugang des Grundlagenbescheides stand fest, dass die Folgeveranlagung zu einer schädigenden Steuerbelastung führen würde (§§ 171 Abs. 10, 182 Abs. 1 AO). Der geänderte Feststellungsbescheid vom 14.2.1989 ist unter der Steuernummer ... an „Herrn H.“ ... „für Fa. G.“ adressiert. Er gilt nach § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO als am 17.2.1989 zugegangen. Die Verjährung ist mithin am 17.2.1994 eingetreten. Klage wurde erst mit am 11.4.1995 gestellten Schriftsatz vom 21.3.1995 erhoben.

Das Vorbringen des Klägers zu 2), dem Beklagten sei der Gewinnfeststellungsbescheid vom 14.2.1989 unmittelbar vom Finanzamt zugesandt worden, weil er Zustellungsbevollmächtigter gewesen sei, sowie das weitere Vorbringen, erst am 22.2.1995 habe er selbst im Rahmen der Klagevorbereitung den Bescheid erhalten, ist nicht richtig.

Die vorgelegten Unterlagen bestätigen den Vortrag des Klägers zu 2) zur behaupteten Zustellungsvollmacht des Beklagten nicht. Denn mit dem insoweit allein vorliegenden Schreiben vom 2.1.1989 haben die Eheleute H. dem Beklagten Vollmacht zur Abgabe von Erklärungen gegenüber der Finanzbehörde erteilt und ihn zum Zustellungsberechtigten bestellt.

Diese Bevollmächtigung durch die Eheleute H. betraf nur deren private Erklärung gegenüber den Finanzbehörden, nicht aber die Firma G. Zum einen war Frau H. nicht an dieser Firma beteiligt. Zum anderen hatten die Eheleute H. eine andere Steuernummer als die Firma G., wie sich aus dem Schreiben des Beklagten vom 2.1.1989 an das Finanzamt ergibt.

Mit diesem Schreiben zeigte der Beklagte die Bevollmächtigung und Zustellungsberechtigung für die Eheleute H. an. Die Steuernummer der Firma G. war demgegenüber eine andere, wie sich aus dem geänderten Feststellungsbescheid vom 14.2.1989, der Einspruchsentscheidung vom 10.12.1990 und dem Bescheid für 1986 über den einheitlichen Gewerbesteuermessbetrag vom 12.4.1989 ergibt.

Mithin ist davon auszugehen, dass der Feststellungsbescheid vom 14.2.1989 an Herrn H. als den Empfangsbevollmächtigten der Firma G. gesandt wurde. Dafür spricht auch die Tatsache, dass der Bescheid für 1986 über den einheitlichen Gewerbesteuermessbetrag vom 12.4.1989 ebenfalls unter der Steuernummer ... an Herrn H. „als Empfangsbevollmächtigter für G.“ gesandt wurde.

Darüber hinaus hatte der Kläger jedenfalls bereits im Jahre 1994 Kenntnis von dem belastenden Feststellungsbescheid vom 12.4.1989, wie sich aus dem Schreiben der Rechtsanwälte ... vom 24.11.1994 ergibt.

## III.

Dem Beklagten ist es auch nicht verwehrt, sich auf Verjährung zu berufen. Denn die Erbengemeinschaft und der Kläger zu 2) haben keinen sekundären Ersatzanspruch gegen den Beklagten, weil dieser es schuldhaft unterlassen hätte, sie auf den eigenen Fehler und die Möglichkeit der Verjährung eines Schadenersatzanspruchs hinzuweisen.

Die Gedanken, die zu der in der Rechtsprechung anerkannten sekundären Haftung des Rechts-

anwalts (NJW 1992, 836, 837 m.w.N.) und, dieser nachgebildet, zu der sekundären Haftung des Steuerberaters (VersR 1982, 468 = ZIP 1982, 451) geführt haben, können nicht auf das Vertragsverhältnis zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Mandanten übertragen werden (anderer Ansicht wohl: Wirtschaftshandbuch 10. Aufl., Band 1, Anm. 325).

**Der Grund für diesen zunächst für die Anwaltschaft entwickelten sekundären Ersatzanspruch ist in einem Ausgleich der Interessen des Mandanten und des Rechtsanwalts zu sehen.** Einerseits wird den Belangen des Rechtsanwalts in besonderer Weise durch die kurze Verjährungsfrist von drei Jahren des § 51b BRAO Rechnung getragen. Zum Ausgleich dafür wird andererseits aus der Verpflichtung des Rechtsanwalts, die Rechte des Auftraggebers nach jeder Richtung hin zu wahren, ihn umfassend und möglichst erschöpfend zu beraten und ihn vor Schaden zu bewahren, seine Verpflichtung abgeleitet, gegebenenfalls den Mandanten auch vor Schaden durch fehlerhafte anwaltliche Beratung zu schützen (RGZ 187, 131, 135; BGH, VersR 1968, 1042, 1043; BGH, NJW 1992, 836, 837).

**Die kurze Verjährungsvorschrift des § 68 StBerG wurde dem § 51 BRAO nachgebildet** (die Entwicklung in der Gesetzgebung hat der Bundesgerichtshof in seiner Entscheidung vom 6.11.1980 im Einzelnen dargestellt, BGHZ 78, 335 ff). Der Wille des Gesetzgebers ging dahin, die steuerberatenden Berufe hinsichtlich der Verjährung den Rechtsanwälten gleichzustellen, **weil die berufliche Tätigkeit des Steuerberaters ebenso wie diejenige des Rechtsanwalts in der Rechtsberatung und Besorgung von Rechtsangelegenheiten** – wenn auch auf einem beschränkten Gebiet – **besteht** (BGH, VersR 1982, 468 = ZIP 1982, 451). Deshalb wurden die Verjährungsregelungen der beiden Berufsordnungen für Rechtsanwälte und Steuerberater angeglichen.

Anders verhält es sich mit der Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer. Die berufliche Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers besteht in erster Linie darin, betriebswirtschaftliche Prüfungen durchzuführen, § 2 Abs. 1 WPO. Dass die Wirtschaftsprüfer auch befugt sind, ihren Auftraggeber in steuerlichen Angelegenheiten zu beraten und zu vertreten, macht sie, wie oben bereits erwähnt, nicht zu Steuerberatern und unterwirft sie daher nicht der Berufsordnung der Steuerberater, dem Steuerberatungsgesetz.

Entsprechend der Aufgabe des Wirtschaftsprüfers nach § 2 Abs. 1 WPO wurde die Verjährungsfrist an § 168 Abs. 5 Aktiengesetz (jetzt § 323 Abs. 5 HGB) angeglichen und auf fünf Jahre bemessen.

**Die Interessen des Mandanten erfordern daher nicht den Schutz, der ihnen angesichts einer kurzen Verjährungsfrist von nur drei Jahren zukommen muss und durch die „Sekundärhaftung“ in der Weise zukommt, dass letztlich in der Regel der Schadenersatzanspruch gegen den Rechtsanwalt und den Steuerberater erst nach sechs Jahren verjährt.**

Diese Auffassung entspricht wohl derjenigen des 9. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs, der in einem Fall, in dem eine Verjährung nach § 51a WPO in Betracht kommen konnte, nur für den Fall der Haftung des Beklagten als Rechtsanwalt und damit für den Fall der kürzeren Verjährungsfrist eine Sekundärhaftung in Betracht gezogen hat (NJW 1995, 3248, 3251).

Dass der hier vertretenen Auffassung die Entscheidung des 3. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs (NJW 1992, 531, 533) entgegensteht, kann nicht eindeutig festgestellt werden, zumal der 3. Senat sich zur so genannten Sekundärhaftung auf die Entscheidung des 7. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs (NJW 1990, 2464) bezieht. In dieser Entscheidung hatte der 7. Zivilsenat über die Frage der Sekundärhaftung eines Steuerberaters, der im Bauherrenmodell tätig war, bei der Annahme einer dreijährigen Verjährungsfrist zu entscheiden und diese bejaht.

## Notarhaftung

- Steuerliche Belehrung
  - Kenntnis der Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte
- (OLG Koblenz, Urt. v. 24.3.1999 – 1 U 1429/97)

### Leitsätze:

1. Zu den Amtspflichten eines Notars in Steuerfragen (künftige Rechtsentwicklungen).
2. Der Notar hat u.a. auch die Rechtsprechung der obersten Gerichte zu beachten; ihn trifft aber keine Verpflichtung, die Entstehung eines jeden Gesetzes zu verfolgen.

**Zum Sachverhalt:**

Die Kläger verlangen vom Beklagten wegen Verletzung notarieller Amtspflichten Schadenersatz mit der Begründung, er habe entgegen ausdrücklicher Weisung mit der verführten Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages steuerliche Vorteile außer Acht gelassen, welche ihnen als Käufer zugute gekommen wären, wenn für sie das am 1.1.1996 in Kraft getretene Eigenheimzulagengesetz vom 15.12.1995 (*BGBI I, 1783*) Anwendung gefunden hätte.

Die Kläger kauften mit einem am 11.10.1995 protokollierten Grundstückskaufvertrag von den Zeugen Eheleute G. ein Hausanwesen. Vor der Beurkundung fanden – insoweit unstreitig – mehrere Gespräche einerseits zwischen dem Zeugen G. und dem Beklagten, andererseits zwischen den Klägern und dem Beklagten statt, wobei es um den Beurkundungstermin bei etwa vorzuziehendem Besitzübergang und darum ging, dass die Kläger interessiert waren, „die Steuervorteile in 1996 nutzen zu können“.

Die Kläger nehmen den Beklagten dafür in Anspruch, dass ihnen durch die Nichtausnutzung der Regelungen des Eigenheimzulagengesetzes – im Vergleich zur Steuerentlastung nach § 10e EStG – finanzielle Verluste i.H.v. (einschließlich Nebenauslagen) 16.768,75 DM entstanden seien, wie sie sich durch ihren Steuerberater haben ausrechnen lassen. Hierzu haben sie behauptet, auf Anraten ihrer finanzierenden Bank den Beklagten ausdrücklich von ihrem Wunsch in Kenntnis gesetzt zu haben, er möge, wenn dies für sie vorteilhaft sei, das – im Herbst 1995 im Gesetzgebungsverfahren begriffene und in den Medien erörterte – Eigenheimzulagengesetz beim Beurkundungstermin berücksichtigen.

Der Beklagte hat diesen Gesprächsinhalt unter anderem mit der Entgegnung bestritten, der Gesetzentwurf sei ihm überhaupt nicht bekannt gewesen. Das Eigenheimzulagengesetz sei weder mit den Klägern noch mit den Zeugen G. zur Sprache gekommen.

Das LG hat nach Vernehmung der Zeugen R. und P.G. die Klage mit der Begründung abgewiesen, die Kläger hätten keinen Amtspflichtverstoß des beklagten Notars nachgewiesen; jedenfalls sei für ihn das Ziel einer bestimmten Steuerfolge nicht erkennbar gewesen.

Hiergegen richtet sich erfolglos die Berufung der Kläger.

Das LG hat die Klage zu Recht abgewiesen. Die Verletzung einer Belehrungspflicht oder sonstiger notarieller Amtspflichten lässt sich, jedenfalls nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme, nicht feststellen. Auch das Berufungsvorbringen führt zu keiner anderen Beurteilung.

**Aus den Gründen:**

Hinsichtlich der Beweislage nimmt der Senat auf die zutreffende Beweismwürdigung des angefochtenen Urteils Bezug. Im Übrigen bleibt hervorzuheben: Die Kläger berühren sich zu Unrecht eines Schadenersatzanspruchs nach § 19 Abs. 1 BNotO. Die von ihnen geltend gemachten, mit der Nichtnutzung steuerrechtlicher Bestimmungen begründeten finanziellen Einbußen sind nicht auf ein pflichtwidriges Betreuungs- und Beurkundungsverhalten des Notars zurückzuführen; jedenfalls ist dies nicht erwiesen.

Zwar gebietet § 17 Abs. 1 BeurkG, dass der Notar bei der Beurkundung eines Rechtsgeschäftes den Willen der Beteiligten erforscht, den Sachverhalt klärt, die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des Geschäfts belehrt und ihre Erklärungen klar und unzweideutig in der Niederschrift wiedergibt. Dabei soll er darauf achten, dass Irrtümer und Zweifel vermieden und alle regelungsbedürftigen Fragen angesprochen sowie die hierzu nötigen Belehrungen erteilt und bei Bedarf entsprechende Regelungen vorgeschlagen werden. **Es ist auch richtig, dass der Notar dabei nicht erwarten kann, dass die Beteiligten diese Fragen selbst erkennen und zur Diskussion stellen, weil sie dazu in aller Regel mangels einschlägiger Erfahrungen nicht in der Lage sind** (*BGH v. 28.4.1994 - IX ZR 161/93, MDR 1994, 835 = NJW 1994, 2283 m.w.N.*).

Auf jeden Fall besteht die **betreuende Belehrungspflicht** dann, wenn der Notar aufgrund besonderer Umstände des Falles Anlass zu der Vermutung haben muss, einem Beteiligten drohe ein Schaden vor allem deshalb, weil er sich wegen mangelnder Kenntnis der Rechtslage der Gefahr nicht bewusst ist (*BGH v. 3.7.1986 - IX ZR 51/85, MDR 1987, 53 = WM 1986, 1283, 1285; WM 1972, 1165*). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das rechtssuchende Publikum – insbesondere der rechtlich unerfahrene Bürger, als solche hier die Kläger angesehen werden müssen – dem Notar üblicherweise die Erwartung entgegenbringt, in den anstehenden rechtlichen Fragen so betreut zu werden, dass ihn mit der

Beurkundung keine ungewollten Rechtsfolgen treffen (*Senat, Urt. v. 7.12.1988 - 1 U 1290/87 und v. 7.1.1998 - 1 U 1214/95 m.w.N.*).

**Allerdings trifft einen Notar grundsätzlich keine Belehrungspflicht über Steuerfragen**

(BGH v. 5.2.1985 - IX ZR 83/84, MDR 1985, 577 = DNotZ 1985, 635; BGH v. 13.6.1995 - IX ZR 203/94, MDR 1995, 1170 = DNotZ 1996, 116; Spiegelberger, DNotZ 1988, 210 f; Haug, *Die Amtshaftung des Notars*, 2. Aufl. 1997, Rz. 559 m.w.N. und Rinsche, *Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars*, 6. Aufl. 1998, Rz. II 91). **Eine Ausnahme von diesem Grundsatz besteht allenfalls dann, wenn entweder besondere Umstände die Annahme rechtfertigen, dass einem Beteiligten eine steuerrechtlich konkrete Gefahr droht, derer er sich nicht bewusst ist** (BGH v. 13.6.1995 - IX ZR 203/94, MDR 1995, 1170 = DNotZ 1996, 116) **oder der Notar tatsächlich eine steuerliche Beratung übernommen hat** (Rinsche, *Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars*, 6. Aufl. 1998, Rz. II 94). Im Übrigen ist die Betreuungspflicht eines Notars auch an dem Umfang des Aufklärungsbedürfnisses seines Mandanten zu messen. Denn dieses kann nur so weit gehen, wie der Auftraggeber des Notars nicht bereits aufgeklärt ist.

Schon aus diesen Rechtsgründen bestehen nach dem eigenen Vorbringen der Kläger nicht unerhebliche Bedenken, ob überhaupt eine Amtspflichtverletzung in dem Betreuungs- und Beurkundungsverhalten des Beklagten liegen kann, wenn die Kläger durch ihre Bank **über die im Vergleich zu § 10e EStG zu erwartenden Steuervorteile des noch nicht verabschiedeten Eigenheimzulagengesetzes unterrichtet waren**.

Die Bedenken können indes auf sich beruhen, weil die Kläger das behauptete Fehlverhalten des Beklagten weder durch die zu den Akten gereichten Urkunden noch durch die Aussagen der Zeugen R. und P.G. bewiesen haben. (...)

Auch den **Nachweis der Kausalität eines Belehrungsmangels für den Schaden haben die Kläger nicht geführt**. Er wird auch nicht durch den Hinweis auf den zu den Akten gereichten Auszug aus dem NJW-Wochenspiegel vom 30.8.1995, in welchem über den Gesetzentwurf zur Wohneigentumsförderung die Rede ist, ersetzt, **zumal ein Notar zwar die Rechtsprechung der obersten Gerichte aus entsprechenden Zeitschriften auszuwerten, aber nicht die Entstehungsgeschichte eines jeden Gesetzes zu verfolgen hat** (vgl. BGH v. 17.5.1994 - IX ZR 56/93, NJW-RR 1994, 1021 m.w.N.).

## Steuerberaterhaftung

- Lohnbuchhaltung
  - Versicherung bei der Berufsgenossenschaft
  - Auftrag zur freiwilligen Versicherung bei der BG?
  - Meldung bei der Berufshaftpflichtversicherung, Anerkenntnis?
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 25.2.1999 - 13 U 102/98)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Der Auftrag zur Erstellung der Lohnbuchhaltung umfasst nicht die Pflicht, den Mandanten als freiwillig Versicherten bei der Berufsgenossenschaft anzumelden.
2. Zur Substantiierung des angeblichen Auftrags an den Steuerberater, den Mandanten als freiwillig Versicherten bei der BG anzumelden.
3. Die Bereitschaft des Steuerberaters, den behaupteten Anspruch der Berufshaftpflichtversicherung zu melden, lässt keinen zwingenden Schluss auf eine Auftragserteilung zu.

### Zum Sachverhalt:

Der Beklagte war für die S.-GmbH, deren Gesellschafter-Geschäftsführer der Kläger war, bis Anfang 1996 als Steuerberater tätig. Entsprechend dem ihm erteilten Auftrag vom 21.10.1991 fertigte er die Jahresabschlüsse und Bilanzen für die Firma an und erledigte für die Zeit ab 1.1.1992 die Lohnbuchhaltung, für die bis dahin die Ehefrau des Klägers, die Zeugin S., zuständig war.

Der Kläger und seine Frau wussten aufgrund des Bescheides der Berufsgenossenschaft (BG) vom 17.2.1986, dass der Kläger wegen seiner beherrschenden Stellung in der GmbH nicht zu dem Kreis der versicherungspflichtigen Personen gehörte und dass für ihn kein Versicherungsschutz gegen die Folgen von Arbeitsunfällen gegeben war, weil eine freiwillige Unternehmerversicherung seinerseits nicht gewünscht wurde.

Erstmals für das Jahr 1992 wurde der Kläger in die nach den von der Zeugin S. zu den Beschäftigten der GmbH seitens des Beklagten eingerichtete DATEV-Erfassung aufgenommen und damit als Pflichtversicherter bei der BG gemeldet.

Am 12.5.1994 erlitt der Kläger beim Einstellen einer Maschine einen Betriebsunfall, bei dem das linke Auge verletzt wurde.

Am 10.8.1994 teilte die S.-GmbH den Unfall der BG mit. Diese lehnte mit Schreiben vom 19.10.1994 die Leistungen ab, weil der Kläger von der Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung keinen Gebrauch gemacht habe. Dieses Schreiben beantwortete der Beklagte für den Kläger mit Schreiben vom 21.10.1994.

Durch Bescheid vom 29.12.1994 lehnte die BG eine Leistung erneut ab und verneinte auch die Voraussetzungen einer so genannten Formalversicherung.

Die Klage gegen diesen Bescheid wies das Sozialgericht mit der Begründung ab, die Voraussetzungen einer Formalversicherung lägen nicht vor; insbesondere fehle es an einem erkennbaren Willen des Unternehmers, einen Antrag auf Aufnahme in die freiwillige Versicherung zu stellen. Allein die Aufnahme in den Lohnnachweis reiche nicht aus, zumal in den von der BG vorgedruckten Bescheiden die Unterscheidung zwischen Pflichtversicherten und freiwillig Versicherten gemacht werde.

Die für den Kläger gezahlten „Pflichtversicherungsbeiträge“ wurden seitens der Berufsgenossenschaft erstattet.

Der Kläger verlangt von dem Beklagten wegen positiver Vertragsverletzung des mit der GmbH – jedoch auch zu seinem Schutz – geschlossenen Steuerberatungsvertrages Ersatz des Schadens, der ihm dadurch entstanden ist, dass nach seinem Unfall die BG nicht eingetreten ist.

Der Kläger hat vorgetragen: Im Jahre 1992 habe er dem Beklagten den Auftrag erteilt zu überprüfen, ob er bei der BG versichert sei, und falls dies nicht der Fall sei, ihn dort anzumelden. Der Beklagte, der habe wissen müssen, dass er, der Kläger, als Unternehmer freiwillig zu versichern sei, habe ihn fehlerhaft als Pflichtmitglied bei der BG angemeldet.

Sein pflichtwidriges Verhalten habe der Beklagte nicht nur in dem Schreiben vom 21.10.1994 an die BG zum Ausdruck gebracht, sondern er habe auch in zwei Gesprächen im Jahre 1994 sein fehlerhaftes Verhalten eingeräumt und zugesagt, seine Haftpflichtversicherung zu benachrichtigen.

Durch die fehlerhafte Anmeldung sei ihm ein Schaden von 282.041,72 DM entstanden.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat bestritten, den von dem Kläger behaupteten Auftrag zur Überprüfung und Anmeldung bei der BG erhalten zu haben. Das Schreiben vom 21.10.1994 habe er nur verfasst, um dem Kläger zu helfen.

Im Übrigen habe es einer Nachprüfung nicht bedurft, weil der Kläger seit 1986 gewusst habe, dass er nicht versichert war. Ihn treffe zudem ein Mitverschulden, weil er aus den der GmbH direkt übersandten Beitragsrechnungen habe ersehen können, dass er auch nach 1992 nicht freiwillig versichert gewesen sei.

Außerdem hat der Beklagte die Höhe des Schadens bestritten und sich auf Verjährung berufen.

Das Landgericht hat nach Vernehmung der Zeugin S. über die Frage der Auftragserteilung die Klage durch Urteil vom 19.5.1998 abgewiesen und ausgeführt: Die Aussage der Zeugin S. überzeuge nicht. Das Schreiben vom 21.10.1994 sei als Gefälligkeitsschreiben zu werten, dem Beweiskraft hinsichtlich eines fehlerhaften Verhaltens des Beklagten nicht zukomme. Auch aus dem Inhalt der später geführten Gespräche ließen sich keine zwingenden Rückschlüsse auf eine Auftragserteilung ziehen.

Hiergegen richtet sich die form- und fristgerecht eingelegte Berufung des Klägers, mit der er unter Erweiterung des Hilfsantrags den Klageantrag weiterverfolgt. Der Kläger wiederholt im Wesentlichen sein erstinstanzliches Vorbringen zum Grund und zur Höhe seines Anspruchs, trägt jedoch nunmehr unter Bezugnahme auf die Aussage der Zeugin S. vor, diese habe den Beklagten zur Anmeldung des Klägers bei der BG aufgefordert; der Beklagte habe die ordnungsgemäße Anmeldung gegenüber der Zeugin am 12.8.1994 telefonisch bestätigt.

(Anträge ...)

Der Beklagte verteidigt das angefochtene Urteil und beruft sich weiterhin auf Verjährung.

Der Senat hat Beweis erhoben durch Vernehmung der Zeugin S. (...)

Die zulässige Berufung des Klägers ist nicht begründet. Das Landgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen. Das Vorbringen des Klägers in der Berufungsinstanz und die erneute Vernehmung der Zeugin S. rechtfertigen keine andere als die durch das Landgericht vorgenommene Beurteilung.



Aus den Gründen:

**1. Von dem dem Beklagten erteilten Auftrag, die Finanz- und ab 1.1.1992 die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung zu fertigen, wird, wie das Landgericht zutreffend ausgeführt hat, nicht umfasst, den Kläger als freiwillig Versicherten bei der Berufsgenossenschaft (BG) anzumelden** (vgl. auch Gräfe, Steuerberaterhaftung 2. Aufl., Rdnr. 262).

**Die Unfallversicherung des Unternehmers stellt im Gegensatz zur Krankenversicherung keine Pflichtversicherung dar.** Diese Auffassung wird auch bestätigt durch das die Anfrage des Landgerichts beantwortende Schreiben der Steuerberaterkammer vom 10.2.1998.

**2. Nach Würdigung des Parteivorbringens, der vorgelegten Unterlagen und des Ergebnisses der Beweisaufnahme ist der Senat nicht davon überzeugt, dass der Beklagte den Auftrag erhalten hat, den Kläger als freiwillig Versicherten bei der BG zur Unfallversicherung anzumelden.** Den für seine Behauptung erforderlichen Beweis hat der Kläger nicht erbracht.

Die in beiden Instanzen vernommene Zeugin S. hat vor dem Landgericht bekundet, im Jahre 1991 sei bei einem Gespräch mit dem Beklagten in ihren Geschäftsräumen gesagt worden, dass der Beklagte den Kläger zur BG anmelden solle. Vor dem Senat hat sie ausgesagt, der Beklagte habe ab 1992 auch die Lohnbuchhaltung übernehmen sollen. Sie hätten ihn gefragt, ob er für die Arbeitnehmer auch die An- und Abmeldungen machen werde, was er bejaht habe. Sie erinnere sich, den Beklagten auch gebeten zu haben, den Kläger bei der BG anzumelden.

Diese Aussage ist nicht überzeugend, würdigt man sie im Zusammenhang mit dem Kläger Vortrag, dem Tätigkeitsbereich der Zeugin in der S.-GmbH und den Gründen, die zur Beauftragung des Beklagten geführt haben sollen.

a) Der Vortrag des Klägers zur Angabe der Zeit und zum Umfang der Auftragserteilung ist widersprüchlich. Während der Kläger noch in der Klageschrift vorgetragen hat, er habe im Jahre 1992 den Auftrag erteilt zu überprüfen, ob er bei der BG versichert sei, und, falls dies nicht der Fall sei, ihn dort anzumelden, hat er später behauptet, bereits bei Auftragserteilung – unstreitig im Oktober 1991 – habe er den Beklagten mit der Überprüfung und Anmeldung beauftragt.

In der Berufungsbegründung macht der Kläger sich den Inhalt der erstinstanzlichen Vernehmung der Zeugin S. zu Eigen, indem er nunmehr behauptet, bei Übernahme des Steuerberatermandats Ende 1991 sei der Beklagte aufgefordert worden, ihn bei der BG anzumelden. Eine Überprüfung, ob der Kläger bereits unfallversichert war, war nach dem neuen Vortrag nicht mehr Gegenstand des behaupteten Mandats.

b) Der behauptete Umfang des Mandats – Anmeldung des Klägers zur Unfallversicherung – ist nicht festzustellen.

Die Aussage der Zeugin S. ist nicht glaubhaft. Insbesondere besteht mit Rücksicht darauf, dass auch nach dem Vortrag des Klägers im Mai 1994 ein erstes Gespräch betreffend die Frage nach der Versicherung stattgefunden hat – der Kläger hat das von dem Beklagten genannte, erst nach dem Unfall am 26.5.1994 geführte erste Gespräch ausdrücklich eingeräumt –, die Möglichkeit, dass die Zeugin S. die Gespräche miteinander verquickt und dass erst in dem Gespräch nach dem Unfall der Beklagte beauftragt worden ist zu überprüfen, ob der Kläger versichert sei.

Der Aussage der Zeugin S., die als Ehefrau des Klägers ein besonderes Interesse am Ausgang des Verfahrens hat, ist aus mehreren Gründen nicht zu folgen.

Die Zeugin und der Kläger wussten seit dem Bescheid der BG vom 17.2.1986, dass der Kläger als der das Kapital und die Geschicke der S.-GmbH beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer kein abhängig Beschäftigter der GmbH war und dass daher nur die Möglichkeit des freiwilligen Beitritts zur Versicherung der BG gegeben war.

Der Kläger hat, wie er im Verfahren vor dem Sozialgericht eingeräumt hat, die ihm durch den Bescheid vom 17.2.1986 eröffnete Möglichkeit des freiwilligen Beitritts bis zum 31.12.1991 nicht wahrgenommen; **er hat also bewusst die Unfallversicherung nicht abgeschlossen.**

Auf diesem Hintergrund überzeugt die vor dem Landgericht gemachte Aussage der Zeugin S. nicht, nach der es ihnen – dem Kläger und ihr – darum gegangen sei, dass ihr Mann abgesichert gewesen sei für den Fall, dass etwas passiere; sie wollten alles in Ordnung haben. Diese Aussage bezieht sich auf die Zeit der Mandatserteilung an den Beklagten.

Die Zeugin hat weiter ausgesagt, ihr sei (im Herbst 1993, nach einem Unfall ihres Sohnes) klar gewesen, dass das Unternehmen praktisch auf den Schultern ihres Mannes ruhe, deshalb sei die Versicherung des Mannes von erheblicher Bedeutung gewesen. Wenn der Kläger trotz seiner besonderen Stellung im Unternehmen über Jahre hinweg nicht unfallversichert wurde, ist es nicht nachvollziehbar, warum im Jahre 1991 diese Anmeldung vorgenommen werden sollte.

**Auch der vor dem Senat von der Zeugin dargelegten Begründung, nach Jahren ohne Unfallversicherung die Anmeldung durch den Beklagten vornehmen zu lassen, glaubt der Senat nicht.**

Der Grund, den die Zeugin für die Anmeldung gegeben hat, soll gewesen sein, dass sie – der Kläger und sie – gewollt hätten, dass alles in Ordnung sei. Sie hat ausgesagt, warum die Anmeldung 1991 dann erfolgen sollte, habe etwas damit zu tun gehabt, dass sie alles hätten neu geordnet haben wollen; in gesellschaftsrechtlicher Hinsicht habe Herr F. dann aber nichts neu geordnet, weil er das für in Ordnung befunden habe.

Diese Aussage der Zeugin gibt keine nachvollziehbare Motivation und Erklärung für die nunmehr erforderliche Anmeldung des Klägers zur Unfallversicherung. Außerdem ist sie schwer zu vereinbaren mit der Begründung, der seit dem Jahre 1980 für sie als Steuerberater tätige Vorgänger des Beklagten habe u.a. Grund für die Beendigung des Vertragsverhältnisses gegeben, weil er die Anmeldung zur freiwilligen Versicherung nicht vorgenommen habe.

**Wenn nämlich der ernste Wunsch bestanden hätte, die Anmeldung vorzunehmen, hätte dies bereits durch den Vorgänger des Beklagten, durch den Kläger oder durch die Zeugin selbst geschehen können, wobei zu beachten ist, dass die Anmeldung höchstpersönlich von dem zu Versichernden zu unterschreiben gewesen wäre.**

Dass die Zeugin keine Ahnung gehabt hätte, wie man eine solche Anmeldung in die Wege leitet und tätigt, ist nicht glaubhaft, bedenkt man, dass sie eigenen Angaben nach seit 1983 bis Ende des Jahres 1991 die Lohnbuchhaltung für die S.-GmbH erledigt und in dieser Zeit die Lohnnachweise für die BG ausgefüllt hat. Sie hat auch die jährlichen Beitragsbescheide sei-

tens der BG in Empfang genommen. Dass sie bei ihrer jahrelangen Tätigkeit in diesem Bereich und in Kenntnis des Bescheides der BG aus dem Jahre 1986 nicht die Unterscheidung zwischen der Pflichtversicherung eines Arbeitnehmers und der freiwilligen Versicherung eines Unternehmers auf den Unterlagen wahrgenommen haben will, wie sie vor dem Landgericht ausgesagt hat, ist wenig glaubhaft.

Ebenso wenig überzeugt es, dass der Zeugin, die auch für die Zeit ab 1.1.1992 die jährlichen Beitragsbescheide der BG in Empfang genommen hat und diese mit den anderen Unterlagen für die Lohnbuchhaltung zusammengelegt hat, nicht aufgefallen sein soll, dass zwischen der Pflichtversicherung und der freiwilligen Versicherung unterschieden wird und das Gehalt des Klägers in die Grundlage des Beitragsbescheids einbezogen worden war.

Die Zeugin hat im Rahmen ihrer Tätigkeit als Lohnbuchhalterin mit der BG korrespondiert, indem sie die Lohnnachweise für die Arbeitnehmer zur Beitragsberechnung erstellt hat und auch vor dem Jahre 1991 den Betriebsunfall einer Arbeitnehmerin der BG gemeldet hat.

**Angesichts dieser Tätigkeit ist nicht nachvollziehbar, dass die Zeugin nicht gewusst haben will, wie man die Anmeldung einer freiwilligen Versicherung vornimmt.** Jedenfalls hätte sie, wäre ihr bzw. dem Kläger daran gelegen gewesen, unmittelbar bei der BG nachfragen können.

Nach dem weiteren Inhalt der Zeugenaussage war aber auch nicht die Unkenntnis der Anmeldungsmodalitäten der Grund dafür, keine freiwillige Versicherung abzuschließen, sondern es standen Kostengründe dagegen. Die Zeugin hat bekundet, der Vorgänger des Beklagten habe eine Anmeldung aus Kostengründen für nicht erforderlich gehalten. Um welche Beitragshöhe es damals gegangen ist, hat die Zeugin nicht angeben können, weil dies der Steuerberater nicht gesagt habe.

Nicht nur die Tatsache, dass der Kläger und die Zeugin ihrer Bekundung nach nach der Beitragshöhe nicht gefragt haben, sondern auch die Erklärung der Zeugin, sie hätten das Unfallrisiko seinerzeit nicht so gesehen, machen deutlich, dass der Kläger und die Zeugin sich **bewusst gegen die freiwillige Unfallversicherung entschieden** hatten.

Umso weniger kann nachvollzogen werden, dass sich der Kläger von dem Vorgänger des Beklagten u.a. deshalb getrennt haben will, weil er die Anmeldung zur Unfallversicherung nicht vorgenommen habe.

Die Zeugenaussage gibt keinen Anhaltspunkt für die Annahme, die von dem Kläger und der Zeugin seit Jahren vorgenommene Beurteilung des gleichermaßen gegebenen Unfallrisikos des Klägers – dass sich seine Tätigkeit in der Firma geändert hatte, ist nicht vorgetragen – habe sich geändert, so dass im Jahre 1992 eine Versicherung erforderlich geworden sei. Die wieder-gegebene Motivation, „es solle alles in Ordnung sein“, überzeugt nicht.

Auch wusste die Zeugin, dass ein Betriebsunfall unverzüglich bei der BG zu melden ist. Vor dem Jahre 1991 hatte sie eine solche Anmeldung binnen drei Tagen nach dem Unfall für eine Arbeitnehmerin vorgenommen.

Unglaublich ist die Aussage, die Anmeldung des Unfalls des Klägers habe bis August 1994 gedauert, weil die Unterlagen bei dem Beklagten gewesen seien, den sie nicht habe erreichen können. Denn zum einen hätte die Zeugin nach dem Unfall selbst ohne Unterlagen die BG anschreiben können – wozu sie angesichts ihrer jahrelangen Tätigkeit in der Lohnbuchhaltung in der Lage gewesen wäre –, zum anderen aber steht dieser Aussageteil im Widerspruch zu dem Vortrag des Klägers selbst.

Danach hat bereits nach dem Unfall im Mai 1994 ein Gespräch mit dem Beklagten stattgefunden, bei dem die Zeugin anwesend gewesen sein soll. Der Beklagte war daher zu erreichen, einer umgehenden Unfallmeldung hätte nichts im Wege gestanden.

Das unstreitig im Mai 1994 geführte Gespräch spricht für den Vortrag des Beklagten, erst zu diesem Zeitpunkt habe er die Versicherung überprüfen sollen. Denn zu diesem Zeitpunkt – der Unfall war geschehen – bestand auch eine nachvollziehbare Veranlassung für solches Verhalten.

Nach alledem kann die Aussage der Zeugin die Behauptungen des Klägers nicht beweisen.

3. Über den Inhalt der in Gegenwart der von dem Kläger benannten Zeugen M. und R. von dem Kläger genannten Gespräche mit dem Beklagten ist kein weiterer Beweis zu erheben.

Der Vortrag des Klägers kann insoweit als wahr unterstellt werden. Denn über eine Auftragserteilung ist in diesen Gesprächen nicht ausdrücklich gesprochen worden.

Nach dem Vortrag des Klägers ist man im ersten Gespräch davon ausgegangen, er sei ordnungsgemäß versichert, im zweiten Gespräch ist festgestellt worden, dass die Anmeldung zur Pflichtversicherung und nicht zur freiwilligen Versicherung vorgenommen worden sei, und im dritten Gespräch hat der Beklagte erklärt, in seinem Büro sei bedauerlicherweise ein Fehler unterlaufen, die Anmeldung sei nicht ordnungsgemäß erfolgt, er werde den Fehler seiner Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung melden.

Zwingende Rückschlüsse darauf, dass im Jahre 1991 der Auftrag zur Anmeldung zur freiwilligen Versicherung erteilt worden ist, lässt dieser Vortrag des Klägers nicht zu. Denn dem Beklagten war auch, ohne den Kläger zur freiwilligen Versicherung anzumelden, ein Fehler bei der Anmeldung unterlaufen, indem er den Gesellschafter-Geschäftsführer zur Pflichtversicherung angemeldet hatte. Dieser Fehler zeitigte aber keine Folgen, weil die Beiträge erstattet worden sind.

**Auch die Bereitschaft des Klägers, seiner Versicherung den Vorfall zu melden, lässt keine zwingenden Rückschlüsse auf eine Auftragserteilung zu, weil sie für sich kein Schuld-  
anerkenntnis darstellt, zumal der Beklagte als Versicherungsnehmer ohnehin nicht berechtigt ist, ohne Rücksprache mit dem Träger der Berufshaftpflichtversicherung ein Anerkenntnis abzugeben** (Senatsurt. v. 24.4.1997 – 13 U 108/96, Gl 1998, 148).

4. Das Schreiben des Klägers vom 21.10.1994 an die BG, gewürdigt im Zusammenhang mit der Aussage der Zeugin S., ist, wie das Landgericht zu Recht ausgeführt hat, als Gefälligkeitsschreiben zu werten.

Es ist nachvollziehbar, dass der Beklagte nach dem Unfall dem Kläger helfen wollte, nachdem dieser schon mal – wenn auch aufgrund eines Fehlers – als Pflichtversicherter bei der BG gemeldet war, wenn auch – wie die Aussage der Zeugin ergeben hat – nicht bewiesen ist, dass die Anmeldung zu der freiwilligen Versicherung Gegenstand des Auftrags war.

(...)

## Versicherungsschutz

- Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung
- Baubetreuer
- Verstoß gegen Aufklärungs- und Hinweispflichten
- Sachschaden
- Erfüllungssurrogatsanspruch  
(*OLG Stuttgart, Urt. v. 2.4.1998 - 7 U 45/97, rkr. nach Nichtannahme d. BGH, r+s 1999, 318*)

### Leitsätze:

1. Lehnt der Versicherer seine Leistung unter Hinweis auf § 12 Abs. 3 VVG ab, so begründet dies ein rechtliches Interesse des Versicherungsnehmers an einer Feststellungsklage selbst dann, wenn es zweifelhaft erscheint, ob das Ablehnungsschreiben die Frist des § 12 Abs. 3 in Gang gesetzt hat.
2. Ein Anspruch auf Deckungsschutz aus einem Vermögensschaden-Haftpflichtversicherungsvertrag besteht selbst dann, wenn die gegen den Versicherungsnehmer erhobenen Schadenersatzansprüche nicht begründet sind.
3. Verstößt ein Baubetreuer gegen Beratungs-, Aufklärungs- und Hinweispflichten, so gehört der daraus entstehende Vermögensschaden grundsätzlich zu dem mit der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung versicherten Risiko.

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger hat mit der Beklagten den Vermögensschaden-Haftpflichtversicherungsvertrag vom 4.7.1991 abgeschlossen.

Vertragsgrundlagen sind die Allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden (AVB) und die Risikobeschreibung und besondere Bedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Wohnungs- und Baubetreuungsunternehmen.

Der Kläger hatte mit den Mitgliedern der Bauherrengemeinschaft „H.-Str. 1“ in B. einen Baubetreuungsvertrag geschlossen. Das Objekt (Ärztelhaus mit Arztpraxen, einer Apotheke und Wohnungen) wurde von den Bauherren vorrangig mit dem Ziel erworben, durch Sanierung des Wohn- und Geschäftsgebäudes Steuervorteile durch erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten gemäß § 7h EStG zu erlangen.

Dazu arbeitete der Kläger eng mit der B.-Immobilien GmbH zusammen, die sich auf Steuersparimmobilien und Denkmalsanierungen spezialisiert hat.

Im Rahmen der notwendigen Bauarbeiten zum Ausbau und zur Renovierung des Gebäudes wurde aus bautechnischen Gründen vom ursprünglichen Bauvorhaben samt genehmigten Bauplänen abgewichen. Das Gebäude wurde bis auf den Keller und die Fundamente vollständig abgerissen. Daher verweigert die Stadt B. die Bescheinigung, dass eine Sanierungsmaßnahme gemäß §§ 7h EStG, 177 BauGB vorliege.

Wegen der entgangenen Steuervorteile machen die Bauherren in erster Linie gegen die B.-Immobilien GmbH Schadenersatzansprüche geltend. Daneben sind von den Bauherren in einer Wohnungseigentümerversammlung im Beisein des Klägersvertreter mündlich Ansprüche auch gegen den Kläger in seiner Eigenschaft als Baubetreuer angekündigt worden.

Die Bauherren werfen dem Kläger vor, er habe es unterlassen, sie zu informieren, als erkennbar geworden sei, dass der vorübergehende Abriss des Gebäudes unumgänglich sei und dass deshalb der Verlust der Sonderabschreibung nach § 7h EStG drohe. Sie hätten sich dann immer noch dafür entscheiden können, das Dach notfalls abzustützen, während das darunter liegende Mauerwerk abgebaut und erneuert wurde. Der Kläger bestreitet eine Haftung den Bauherren gegenüber.

Der Kläger ist der Auffassung, die Beklagte müsse aufgrund der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für den Schaden aufkommen. Der eingetretene Schaden sei ein Vermögensschaden. Die gegen den Kläger geltend gemachten verlorenen Steuervorteile seien weder Personen- noch Sachschäden.

Die Berufung ist zulässig. Sie hat auch in der Sache Erfolg.

### Aus den Gründen:

1. Entgegen der Auffassung der Beklagten besteht ein Rechtsschutzinteresse für die Klage.

Zwar war die Wohnungseigentümerversammlung, in der dem Kläger die mögliche Geltendmachung von Ansprüchen der Bauherren angekündigt wurde, bereits im Mai 1995. Den münd-

lichen Erklärungen in dieser Wohnungseigentümerversammlung folgten keine schriftlichen Zahlungsanforderungen an den Kläger. Die mit der Klageschrift insoweit vorgelegten Schreiben sind an die B-Immobilien GmbH gerichtet. Daher liegt die Möglichkeit, dass die betroffenen Bauherren letztendlich keine Ansprüche gegen den Kläger geltend machen werden, durchaus nahe.

Bei isolierter Betrachtung dieses Sachverhalts erscheint ein Rechtsschutzinteresse des Klägers für den vorliegenden Rechtsstreit fraglich.

Der Senat folgt den Ausführungen des Klägers, wonach für diesen ein Rechtsschutzinteresse deshalb gegeben ist, weil die Beklagte dem Kläger mit Schreiben vom 22.11.1995 unter Hinweis auf § 12 Abs. 3 VVG mitgeteilt hat, sie sei jedenfalls dann von der Verpflichtung zur Leistung im vorliegenden Fall frei, wenn der Kläger einen vermeintlichen Deckungsanspruch nicht binnen 6 Monaten ab Zugang dieses Einschreibens durch Klageerhebung gegen die Beklagte geltend mache.

Bei dieser Sachlage musste der Kläger die Klage erheben, **wenn er nicht Gefahr laufen wollte, allein wegen der Versäumung der Frist von § 12 Abs. 3 VVG seinen Deckungsanspruch gegen die Beklagte zu verlieren.**

Es erscheint möglich, dass das Schreiben vom 22.11.1995 deshalb keine Rechtswirkungen entfaltet hat, weil **Voraussetzung für das Ingangsetzen der Frist von § 12 Abs. 3 VVG ist, dass der Berechtigte einen Anspruch auf die Leistung aus dem Vertrag erhoben hat.** Dies könnte im vorliegenden Fall fraglich erscheinen. Das Schreiben des Klägers vom 4.9.1995 ist in Form einer Anfrage gehalten, allerdings unter Schilderung des Sachverhalts, Vorlage von Unterlagen und Bezugnahme auf Schreiben des Klägervertreters. Wegen dieses Inhalts ist die Auffassung vertretbar, das Schreiben enthalte die Geltendmachung eines Anspruchs gegen die Beklagte, auch wenn der Kläger hierfür die Form einer Anfrage gewählt hat.

Bei dieser Sachlage kann der Kläger nicht darauf verwiesen werden, er habe darauf vertrauen können, dass das Schreiben vom 22.11.1995 keine Wirksamkeit entfalten werde.

Das Rechtsschutzinteresse des Klägers ist auch nachträglich nicht entfallen. Die Beklagte war entgegen der Anregung des Senats nicht bereit,

auf die ihr nach § 12 Abs. 3 VVG möglicherweise gewährte Position zu verzichten bis zur Klärung, ob der Kläger von den Bauherren tatsächlich in Anspruch genommen wird.

2. Der Kläger hat gegen die Beklagte einen Anspruch auf Deckungsschutz nach Maßgabe des abgeschlossenen Versicherungsvertrages.

Dieser Anspruch besteht selbst dann, wenn die von den Bauherren gegen den Kläger geltend gemachten Schadenersatzansprüche nicht begründet sind. Dies ergibt sich aus § 3 II Nr. 1 AVB, wonach der Versicherungsschutz sowohl die Abwehr unbegründeter als auch die Befriedigung begründeter Schadenersatzansprüche umfasst.

**Ob und inwieweit die Bauherren gegen den Kläger Schadenersatzansprüche haben, ist im vorliegenden Rechtsstreit ohne Bedeutung. Über diese Frage ist ausschließlich im Haftpflichtprozess zu entscheiden. Darüber, ob der Versicherer dem Versicherungsnehmer gegenüber eintrittspflichtig ist, ist im Deckungsprozess zu entscheiden** (s. BGH, VersR 1992, 568, 1504; Römer/Langheid, zu § 149 VVG Rdnr. 5 m.w.N.).

3. Der Senat folgt nicht der Auffassung des LG, der Anspruch gegen die Beklagte auf Gewährung von Versicherungsschutz sei ausgeschlossen, weil das in Frage stehende Risiko außerhalb des Baubetreuungsvertrags liege.

Nach der Darstellung des Klägers wird er von den Bauherren dafür verantwortlich gemacht, **dass diese die für die steuerliche Sonderabschreibung gemäß § 7h EStG erforderliche Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde nicht erhalten haben.** Die Bauherren werfen ihm vor, er habe sie von der Erforderlichkeit des vorübergehenden Abrisses des Daches nicht informiert.

Der von den Bauherren geltend gemachte Schaden ist ein Vermögensschaden, der nach Darstellung der Bauherren auf der Verletzung der Pflichten des Klägers als Baubetreuer beruht. Dies gehört grundsätzlich zum versicherten Risiko.

**Der Kläger hatte als Baubetreuer grundsätzlich Beratungs-, Aufklärungs- und Hinweispflichten, u.a. auch die Pflicht, die Bauherren rechtzeitig über nachteilige Entwicklungen des Bauvorhabens zu unterrichten.**

In § 2 Nr. 3 (g) des Baubetreuungsvertrages ist ausdrücklich vereinbart, dass die wirtschaftliche Betreuung insbesondere die laufende Unterrichtung der Bauherrengemeinschaft über alle das Bauvorhaben betreffenden wesentlichen Geschäftsvorfälle umfasst (zu den Pflichten eines Bautreuhänders s. Werner/Pastor, 8. Aufl., Rdnr. 1539–1541, und zur Verpflichtung der steuerlichen Überwachung durch einen Bautreuhänder s. BGH, NJW-RR 1991, 660).

Nach der Darstellung des Klägers wird ihm eine Verletzung dieser Verpflichtung vorgeworfen, nicht aber, er habe Steuervorteile zugesagt, die dann nicht gewährt worden seien. Nur ein solcher Vorwurf könnte durch § 9 Abs. (2) des Baubetreuungsvertrages ausgeschlossen sein. Nach dieser Bestimmung werden Steuervorteile vom Betreuer nicht zugesagt.

4. Das LG ist zu Unrecht der Auffassung der Beklagten gefolgt, nicht gedeckt seien Haftpflichtansprüche auf Ersatz eines nicht zu realisierenden Steuervorteils. Dabei werde, soweit der Steuervorteil überhaupt vertraglich geschuldet sei, ein Erfüllungssurrogat verlangt. Nach § 4 Abs. 1 Nr. 6 Abs. 3 AHB sei ein Versicherungsschutz hierfür ausgeschlossen.

Dem folgt der Senat nicht. Vielmehr schließt sich der Senat der Auffassung von Prölss/Martin, 25. Aufl., zu § 1 AVB Vermögen an, **wonach es sich bei den AVB Vermögen um eine eigenständige Regelung handelt, die nicht auf den AHB aufbaut, so dass kein Anlass besteht, den Einwand des Erfüllungssurrogats zuzulassen.**

Es handelt sich im vorliegenden Fall auch nicht um ein Erfüllungssurrogat. **Die Bauherren machen nicht geltend, der Kläger habe seine vertragliche Verpflichtung verletzt, ihnen einen Steuervorteil zu verschaffen. Sie begründen einen möglichen Anspruch vielmehr, wie ausgeführt, mit der Verletzung einer vertraglichen Hinweispflicht.**

**Es geht also nicht um die Erfüllung des Baubetreuungsvertrages oder um ein Erfüllungssurrogat, sondern um Schadenersatz im Sinne der gesetzlichen Haftpflichtbestimmungen** (BGH, VersR 1981, 771; Späte, zu § 4 AHB Rdnr. 174).

5. Ohne Erfolg vertritt die Beklagte die Auffassung, es handele sich um einen Vermögensschaden, der sich aus einem **Sachschaden** herleite (§ 1 I AVB).

Diese Vorschrift kommt jedoch nicht zur Anwendung. Was unter einem Sachschaden zu verstehen ist, ist im Wege der Auslegung zu ermitteln. **AVB sind grundsätzlich so auszulegen, wie sie ein durchschnittlicher Versicherungsnehmer bei verständiger Würdigung, aufmerkamer Durchsicht und Berücksichtigung des erkennbaren Sinnzusammenhangs verstehen muss** (Römer/Langheid, vor § 1 VVG Rdnr. 2 m.w.N.).

Danach kann im vorliegenden Fall nicht von einem Sachschaden ausgegangen werden.

**Es ging nicht darum, dass das umzubauende Gebäude beschädigt wurde, weil z.B. infolge falscher Baumaßnahmen eine Wand zusammenbrach. Vielmehr wurde das Gebäude umgebaut, indem einzelne Teile entfernt und dann wieder aufgebaut wurden.** Eine solche Entfernung einzelner Teile eines Gebäudes im Wege eines von allen Beteiligten gewollten Umbaus kann nach den genannten Auslegungsgrundsätzen nicht als Sachschaden angesehen werden.

6. Zu Unrecht ist das LG davon ausgegangen, § 4 Nr. 5 AVB finde Anwendung, wonach Versicherungsschutz ausgeschlossen ist, weil Haftpflichtansprüche wegen Schadenstiftung durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Machtgebers oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung nicht gegeben seien.

Der Kläger bestreitet mit Entschiedenheit jedes wissentliche Abweichen von irgendwelchen Bestimmungen. Er trägt hierzu vor, er sei aus allen Wolken gefallen, als er gehört habe, die Stadt B. werde die erforderliche Bescheinigung nach § 7h EStG nicht erteilen. Anhaltspunkte dafür, dass dies unrichtig sein könnte, bestehen nicht.

**Wenn der Kläger dem Abweichen von der ursprünglichen Planung jedoch keine Bedeutung beimaß, kann nicht davon ausgegangen werden, dass er wissentlich seine Verpflichtung zur Unterrichtung der Bauherrengemeinschaft über die das Bauvorhaben betreffenden wesentlichen Geschäftsvorfälle verletzt hat.**

# Stichwortverzeichnis

Heft 1-11

## Amtspflichtverletzung

- Gehör, rechtliches 2000, 125
- StB-Kosten 2000, 125

## Anderkonto

- > des Steuerberaters 2000, 227
- Ausgleichspflicht 2000, 227

## Anerkennung

- Berufshaftpflichtversicherung, Anmeldung 2000, 275

## Anlageberatung

- Abgrenzung
  - = > zur Steuerberatung 2000, 82
- Mitverschulden des Anlegers 2000, 82
- Schaden
  - = Vor- und Nachteile 2000, 82
- Zinsen
  - = >, unseriöse 2000, 82

## Aufrechnung

- Honorarforderung
  - = Fälligkeit, Vollwirksamkeit 2000, 23

## Bankhaftung

- Treuhandkonto
  - = Belehrungspflicht, Eigenkonto 2000, 227

## Belehrungspflicht des RA

- Mediator 2000, 42

## Belehrungspflicht des StB/WP

- Angebot des FA 2000, 196
- >, umfassende 2000, 196
- Beweislast
  - = Belehrung, unterlassene 2000, 87
- Ehegatten-Arbeitsverhältnis 2000, 87
- Fahrtenbuch
  - = Belehrung, unterlassene 2000, 25
- Gesetzgebungsverfahren
  - = ErbStG 2000, 67
  - = Firmenübertragung 2000, 67
- Relativ sicherster Weg
  - = Gesetzesänderung 2000, 67
- Sicherster Weg 2000, 196

## Berufsgenossenschaft

- Auftrag zur Anmeldung 2000, 275

## Berufung

- Klageänderung 2000, 33
- Klageanspruch 2000, 33

## Berufungsbegründung

- Rechtsanwalt, zugelassener 2000, 153

## Berufungsbegründungsfrist

- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83
- Prozesskostenhilfeantrag 2000, 83

## Betrug

- Beihilfe, § 27 StGB, des RA 2000, 82

## Beweislast

- Beratung, unterlassene
  - = Substantiierung 2000, 87
- Beweiswürdigung
  - = Auftrag, BG-Anmeldung 2000, 275
- Kausalität
  - = Fahrtenbuch 2000, 25
  - = Grundstücksverkauf, USt 2000, 238
  - = > zwischen Pflichtverletzung und Schaden 2000, 238

## Bilanzerstellung

- Prüfungspflichten
  - = Pensionsrückstellung 2000, 141
  - = Verträge 2000, 141

## Dritthaftung

- Abschlussprüfung 2000, 71
- Auskunftsvertrag, stillschweigender
  - = Kontaktaufnahme 2000, 71
- Prüfungsauftrag 2000, 71
- Sacheinlage, verdeckte
  - = Anwaltsfehler 2000, 135
  - = Umwidmung 2000, 12
- Schädigung, sittenwidrige 2000, 71
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
  - = Abschlussprüfung 2000, 71
  - = Gesellschafter 2000, 12, 135
  - = Kapitalerhöhung 2000, 12, 135
  - = Testat 2000, 71

## Feststellungsklage

- Schadeneintritt 2000, 135

## Freie Mitarbeiter

- Rechtsanwalt
  - = Rechtsweg, Arbeits-/Zivilgericht 2000, 82

## Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 2000, 9
- Fristensicherung 2000, 76
- Ausgangskontrolle
  - = >, abendliche 2000, 86
- Empfangsbekanntnis 2000, 57
- Fristenkontrollbuch
  - = Ausgangskontrolle 2000, 86
  - = Fristverfügung
    - Klebezettel 2000, 173
  - = Organisationsverschulden
    - Ablage, Sekretariat 2000, 173
    - Klebezettel 2000, 173
  - = Terminladung 2000, 57
- Fristenüberwachung durch RA
  - = > bei Vorfristablauf 2000, 9

- Fristlöschung		- Grunderwerbsteuer	
= Rechtsmittel	2000, 108	= Bemessungsgrundlage, Baukosten	2000, 31
- Fristversäumnis, unverschuldetes		- Haftung des Auftraggebers	
= Anweisung		für Vorunternehmer	2000, 132
- Klebezettel	2000, 173	- Hinterziehungszinsen	
= Falschadressierung	2000, 109	= Vermögensteuer	2000, 211
= Fristberechnung	2000, 76	- Jubiläumsrückstellung	2000, 80
= Postlaufzeit	2000, 5	- Kapitalkonto	
= Routinefrist	2000, 76	= Zinsen	2000, 237
= Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241	- Kindergeld	
- Organisationsanweisung		= Einkünfte der Kinder	2000, 158, 263
= Adressierung	2000, 109	- Nachversteuerung, Arbeitnehmer	2000, 81
= Fristen-/Ausgangskontrolle	2000, 86	- Postlaufzeiten	2000, 5
- Rechtsmittelauftrag		- Prospekthaftung	
= Fristlöschung	2000, 108	= Treuhänder	2000, 262
- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241	- Prozessdauer	2000, 28
- Versäumnisurteil	2000, 57	- Realsplitting	
- Vorfrist	2000, 9	= Beschränkung, nachträgliche	2000, 158
= Bearbeitungszeit	2000, 160	= Unterhaltsleistung	2000, 236
		- Solidaritätszuschlag	2000, 55
<b>Geldspielgeräte</b>		- Sozialversicherungsbeitrag	
- Rechtsprechungsänderung		= Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld	2000, 3
= Kenntnis, Karenzfrist	2000, 267	- Spekulationsgeschäft	
		= Kursgewinn	2000, 236
<b>Gesamtschuld/-schuldner</b>		- Standesrecht	
- Fehler des zweiten StB	2000, 116, 193	= Kollegialitätspflicht	2000, 54
- Treuhänder, Beteiligungsgesellschaft		= Versäumnisurteil, § 13 BORA	2000, 54
= Innenverhältnis	2000, 198	- Umsatzsteuer	
		= Befreiung, Rechtsform	2000, 4
<b>Geschäftsführung ohne Auftrag</b>		= Entgelt, Umbuchungsgebühren	2000, 211
- Fremdgeschäftsführungswille	2000, 165	= Leistung, ärztliche	2000, 4
- Parteivertreter, vollmachtsloser	2000, 165	= Heileurythmisten, § 4 Nr. 14 UStG	2000, 2
		- Veräußerungsgewinn	2000, 56
<b>Gewinnausschüttung, verdeckte</b>		- Vermietung	
- GmbH-Geschäftsführer	2000, 218	= Flugzeug	2000, 237
- Notarfehler	2000, 218	= Nebenkostenumlage	2000, 107
- Selbstkontrahierungsverbot,		- Vermittlungsausschuß	2000, 29
§ 181 BGB	2000, 218	- Werbeverbot, Rechtsanwalt	
		= Presse, Gruppenfoto	2000, 30
<b>GI Aktuell</b>		- Werbungskosten	
- Aktivierung		= Ehegattenzahlung	2000, 185
= Dividendenforderungen	2000, 264	- Wiedereinsetzung	
- Arbeitnehmerstatus, Rundfunk	2000, 106	= Postlaufzeit	2000, 5
- Arbeitszimmer		= Zinsen	
= Höchstbetrag	2000, 29	= Kapitalkonto	2000, 237
= Lehrer	2000, 29		
- Auskunftspflicht, § 93 AO		<b>GmbH</b>	
= Stromversorger, Konten		- Geschäftsführer	
der Kunden	2000, 186	= Selbstkontrahierungsverbot,	
- Belastung, außergewöhnliche		Befreiung	2000, 218
= Altenpflegeheim, Kosten	2000, 159	- Sacheinlage, verdeckte	2000, 135
- Eigenheimzulage, Miteigentümer	2000, 186	= Anwaltsfehler	2000, 12
- Einbringung, Steuervergünstigung	2000, 56	= Umwidmung	2000, 12
- Einmalzahlungen	2000, 184		
- Erbfolge, vorweggenommene		<b>Honoraranspruch des RA</b>	
= Last, dauernde	2000, 81	- Mediator, § 20 BRAGO	2000, 42
= Versorgungsleistungen	2000, 81	- Notgeschäftsführer	2000, 76
- Gestaltungsmißbrauch			
= Kapitalanlagegesellschaft in Irland	2000, 133	<b>Honoraranspruch des StB/WP</b>	
- GmbH		- Aufrechnung	
= Kapitalerhaltungspflicht	2000, 210	= Einforderbarkeit, fehlende	2000, 23
= Rückerstattung von Auszahlungen	2000, 210	- Betriebsprüfung, § 29 StBGebV	2000, 248



- Buchführung			
= Gegenstandswert	2000, 172		
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV			
= Aufrechnung	2000, 248		
= Gegenstandswert	2000, 172		
- Fälligkeit, § 7 StBGebV			
= Buchführung	2000, 225		
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV			
= Ermessen (20%)	2000, 264		
- Gegenstandswert			
= Jahresumsatz	2000, 172		
- Honorarvereinbarung			
= >, mündliche	2000, 24		
= Inhalt der >	2000, 24		
- Rechtsberatung	2000, 187		
<b>Kausalität</b>			
- Gesetzesänderung, ErbStG	2000, 67		
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden			
= Beweisführung, § 287 ZPO	2000, 238		
= Fahrtenbuch	2000, 25		
= Grundstückverkauf, Vorsteuer	2000, 238		
- Unterbrechung der >			
= Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer	2000, 93		
- Verhalten, beratungskonformes	2000, 67		
<b>Kenntnis des Steuerrechts</b>			
- Karenzfrist bei neuer Rechtsprechung	2000, 267		
- USt, Geldspielautomaten	2000, 267		
- Vorlagebeschluss zum EuGH	2000, 193		
- Zeitschriften			
= DStR	2000, 193, 267		
<b>Kenntnis des Zivilrechts</b>			
- Notar, Gesetzesänderungen	2000, 273		
<b>Klageverfahren</b>			
- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241		
- Streitgegenstand	2000, 33		
- Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	2000, 265		
<b>Lohnbuchhaltung</b>			
- Anmeldung Berufsgenossenschaft	2000, 275		
- Auftragsinhalt	2000, 275		
- Erstattungsanspruch gg. Arbeitnehmer	2000, 93		
- Sozialversicherung (s. dort)			
<b>Mahnbescheid</b>			
- Klageverfahren, Parteiwechsel	2000, 146		
- Verzögerungen, Rückwirkung	2000, 146		
<b>Mandatsübernahme</b>			
- Fristenlöschung	2000, 108		
- Rechtsanwalt	2000, 108		
<b>Mediator</b>			
- Interessenkollision	2000, 42		
- Neutralität	2000, 42		
<b>Mitverschulden</b>			
- Kenntnis des Mandanten	2000, 116		
- Zurechnung des Verschuldens			
= > des zweiten StB	2000, 116		
- Zweitberater, Verschulden des >, § 254 BGB	2000, 193		
<b>Mustereinspruch</b>			
- EuGH-Verfahren, anhängige	2000, 193		
<b>Nachbesserung</b>			
- Recht des StB zur >			
= Buchführungsfehler	2000, 225		
<b>Notar</b>			
- Amtspflicht			
= Treuhandtätigkeit	2000, 134		
- Belehrungspflichten			
= >, steuerrechtliche	2000, 273		
= Schaden, drohender	2000, 218		
- Ersatzmöglichkeit, anderweitige			
= Betreuungstätigkeit	2000, 163		
= Erfüllungsanspruch	2000, 63		
= Schutzzweck,			
§ 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO	2000, 63		
= Steuerberaterfehler	2000, 218		
= Zeitpunkt der >	2000, 63		
- Fälligkeitsbestätigung	2000, 163		
- Formnichtigkeit			
= Treu und Glauben	2000, 244		
- Parteivertreter, vollmachtsloser			
= Rechtsanwalt	2000, 165		
- Rechtskenntnis	2000, 273		
- Satzungsänderung	2000, 218		
- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO			
= Grundstückskaufvertrag	2000, 134		
- Treuhandgelder			
= > der Bank	2000, 134		
- Verlesen der Urkunde			
= Schutzzweck	2000, 244		
= Verträge, gleich lautende	2000, 244		
- Weisung	2000, 218		
<b>Parteiverrat, § 356 StGB</b>			
- Mediator	2000, 42		
<b>Pensionsrückstellung</b>			
- Prüfungspflichten	2000, 141		
<b>Praxisveräußerung</b>			
- Mandatsübernahme	2000, 39		
- Nichtigkeit, § 139 BGB	2000, 39		
<b>Prozessauftrag</b>			
- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241		
- Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	2000, 265		
<b>Prozesskostenhilfe</b>			
- Berufungsbegründungsfrist	2000, 83		
- Rechtsmittelerklärung	2000, 84		
- Wirkung	2000, 84		

## Prüfungspflicht

- Bilanz, Pensionsrückstellung 2000, 141

## Rechtsanwalt

- Angestellter, Vergütung
  - = Sittenwidrigkeit 2000, 95
- Arbeitnehmerähnliche Person, § 5 Abs. 1 Satz 1 ArbGG 2000, 82
- Beratungspflichten
  - = Bonitätsproblem 2000, 36
  - = Kaufvertrag 2000, 36
  - = Unfallschaden 2000, 140
- Berufungsgericht
  - = Schriftsatz an > 2000, 153
- Beurkundung, Parteivertreter 2000, 165
- Empfangsbekenntnis 2000, 57
- Freier Mitarbeiter 2000, 82
- Kündigungsschutzklage
  - = Kündigung, personenbedingte, Krankheit 2000, 223
  - = > gg. Gemeinschuldner, Konkursverwalter 2000, 192
- Nachfragepflicht
  - = Mandatsinhalt 2000, 140
- Postulationsfähigkeit 2000, 153
- Rechtsmittelauftrag
  - = Auftragsannahme 2000, 108
  - = Fristnotierung 2000, 108
- Sachverhaltsermittlung 2000, 140
- Störer 2000, 238
- Terminladung 2000, 57
- Titelschutzanzeigen 2000, 238
- Vergütung, angemessene, § 612 BGB 2000, 95
- Versäumnisurteil 2000, 57

## Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Ergebnisabführungsvertrag 2000, 5
- Honoraranspruch des StB 2000, 187
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA 2000, 5
- Schadenersatz wg. verbotener > 2000, 5
- Steuerberatungsvertrag 2000, 5
- Verschmelzung, §§ 16 ff UmwG 2000, 225

## Rechtsmittelauftrag

- Auftragsbestätigung 2000, 108
- Fristlöschung 2000, 108

## Regressprozess

- Mahnverfahren
  - (s. unter Mahnbescheid)
- Substantiierung
  - = Steuerrecht, ausländisches 2000, 169

## Revision

- Schriftsatz, unvollständiger 2000, 241

## Schaden

- Hauskauf, Kaufpreis 2000, 149
- Kosten
  - = Hauszufahrt 2000, 149

## Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB

- Abschlussprüfung 2000, 71

## Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB

- § 323 HGB 2000, 71
- § 18 KWG 2000, 71
- §§ 2, 43, 48 WPO 2000, 71

## Sozialversicherung

- Nachforderung
  - = Verjährung, § 25 SGB IV 2000, 151
- Versicherungspflicht
  - = Befreiungsantrag, § 8 Abs. 2 SGB V 2000, 151
  - = Kenntnis der > 2000, 151

## Sozietät

- Erfüllungsgehilfe 2000, 253
- Honorarklage
  - = Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO 2000, 153
- Rechtsschein
  - = Sachbearbeiter, angestellter 2000, 253
- Sachwalterhaftung
  - = Gewähr, wirtschaftliches Interesse 2000, 253
- Verjährung, §§ 68 StBerG, 51a WPO 2000, 176
- Vertrag mit Sozietät
  - = > aus WP und StB 2000, 176

## Steuerberatungsgesetz

- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen
  - = Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV 2000, 134
  - = >, unerlaubte 2000, 134
  - = Rechenzentrum 2000, 134

## Steuerberatungsvertrag

- Betreuungspflicht
  - = Rechtsberatungsauftrag 2000, 5
- Haftung, Steuerberatungsfehler 2000, 5
- Inhalt des >
  - = Lohnbuchhaltung, BG-Anmeldung 2000, 275
- Nichtigkeit, § 134 BGB
  - = Rechtsberatung, unerlaubte 2000, 5

## Steuererklärung

- Forderung des FA, Eröffnungsbilanz 2000, 116

## Treuhänder

- Bankkonto
  - = Zahlungspflicht 2000, 227
- Gesamtschuld
  - = Beteiligungsgesellschaft 2000, 198
- Notar
  - = Bankgelder 2000, 134

## Umwandlung

- Verschmelzung
  - = Rechtsangelegenheit 2000, 225
  - = Unterkapitalisierung 2000, 225

## Unterlassungsanspruch

- Rechtsverteidigung 2000, 134
- Tatsachenbehauptung/Schmähkritik 2000, 134

**Verjährung, § 195 BGB**

- Herausgabeanspruch 2000, 248

**Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO**

- Ersatzmöglichkeit, anderweitige 2000, 163
- Verjährungsbeginn
  - = Ersatzmöglichkeit, anderweitige 2000, 163
  - = Fälligkeitsbestätigung 2000, 163

**Verjährung, § 51 BRAO a.F.,****§ 51b BRAO n.F.**

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
  - = Anlass für > 2000, 120
  - = Belehrung, fehlerhafte 2000, 120
  - = Belehrungsbedürftigkeit, fehlende 2000, 212
  - = Belehrungsinhalt 2000, 120
  - = Beweislast 2000, 212
  - = Mandatsende 2000, 212
- Verjährungsbeginn
  - = Ausschlussfrist, versäumte 2000, 120
  - = Fristversäumnis, § 72a ArbGG 2000, 212

**Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO**

- Anerkenntnis 2000, 90
- Arglisteinwand 2000, 113
- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
  - = Anlass für > 2000, 5, 50, 113
  - = Belehrungsbedürftigkeit 2000, 113
  - = Ende der >, Beratung durch neuen StB 2000, 5
  - = Wiederholung des Fehlers 2000, 50
  - = Wirtschaftsprüfer 2000, 270
- Herausgabeanspruch 2000, 248
- Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
- Sekundärhaftung
  - = Wirtschaftsprüfer 2000, 270
- Sozietät aus WP und StB 2000, 176
- Verjährungsbeginn
  - = Bekanntgabe des Steuerbescheides 2000, 50
  - = Mandatsende 2000, 116
  - = Rat, fehlerhafter 2000, 50
  - = Sekundäranspruch 2000, 116
  - = Steuererklärung
    - § 10e EStG 2000, 50
    - Wiederholung des Fehlers 2000, 90
- Verjährungshemmung
  - = Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
  - = Verhandlung 2000, 113
- Verjährungsunterbrechung
  - = Anerkenntnis 2000, 90, 113
  - Verzicht 2000, 90
  - WP- und StB-Sozietät 2000, 176

**Verjährung, § 12 VVG**

- Rechtsschutz und Zahlungsanspruch 2000, 250
- Verjährungshemmung, § 12 II 2000, 250

**Verjährungsunterbrechung**

- Anerkenntnis 2000, 90
- Mahnbescheid 2000, 10

- Verzicht 2000, 90
- Zustellung „demnächst“ 2000, 10

**Vermögensverwalter**

- Anlagepolitik, Aktienkäufe 2000, 32
- Informationspflicht 2000, 32

**Verschwiegenheit**

- Praxisveräußerung 2000, 39

**Versicherungsschutz**

- Angaben zur Kündigung des Vorvertrages 2000, 127
- Baubetreuer 2000, 280
- Erfüllungsansprüche
  - = Erfüllungssurrogatsanspruch 2000, 280
- Pflichtverletzung, wesentliche
  - = Postausgangsorganisation, fehlende 2000, 174
- Rücktritt des Versicherers
  - = Sachschaden 2000, 280
- Treuhandeltätigkeit
  - = Geldanlage 2000, 250
- Versichererwechsel 2000, 127

**Werbeverbot**

- Gruppenfoto 2000, 30
- Presseveröffentlichung 2000, 30
- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134
- Straßenwerbung 2000, 264

**Wettbewerb, unlauterer, § 3 UWG**

- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

**Wiedereinsetzung**

- Antrag
  - = Prozesshandlung, nachzuholende 2000, 110
- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83

**Wiedereröffnung**

- > der mündlichen Verhandlung 2000, 265

**Wirtschaftsprüfer**

- Stimmrechtsvertreter 2000, 127
- Zulassung
  - = Rückwärtsversicherung 2000, 32
  - = Vermögensverfall 2000, 32
  - = Versicherungsschutz, fehlender 2000, 32

Rechtsberatung durch Steuerberater:  
Testamentsvollstrecker • Verwalter  
von Wohnungseigentum • Regelungslücke in Art. 1 § 3 Nr. 6 RBERG? • Abgrenzung Haupt- und Nebentätigkeit (OLG Düsseldorf); Zeitgebühr: Beweis • Aufzeichnungen • Rückforderungsanspruch • Vorbehaltlose Zahlung (OLG Hamburg); Steuerberaterhonorar: Fälligkeit •

Aufrechnungslage • Nicht einfordersbares Honorar, § 9 StBGebV • Treuhandgelder (OLG Düsseldorf); Steuerberaterhaftung: Bilanzerstellung ohne Prüfungshandlung • Bilanzfälschung des Mandanten • Anspruch der Bank? • Testat ohne Prüfung • Mitverschulden (LG Mosbach) und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind



#### BEIHEFTER:

Besonders in den vergangenen Jahren haben sich in der Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung zahlreiche arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtliche Änderungen ergeben.

Sowohl für Ihre Mandanten als auch für Sie als Steuerberater ergibt sich ein komplexes Feld von Vorschriften, Gesetzen und Erlassen.

Mit der von Gerling entwickelten neu aufgelegten und aktualisierten CD-ROM können Sie sich schnell rund um die GmbH-Geschäftsführer-Versorgung informieren.

Weitere Informationen finden Sie im GI-Beihefter dieser Ausgabe. Bestellungen bitte an GI-Service Fax-Hotline (0221) 144-5155.

#### IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

#### Herausgeber:

Gerling  
Marketing Freie Berufe  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 144-53 54  
Telefax: (02 21) 144-51 55

#### Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

#### Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

#### Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

#### Layout und Satz:

Type Connection,  
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

#### Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei  
Boyens & Co.,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

#### Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive  
Mehrwertsteuer und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.